



Hochschule für
Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law

Analyse des bäuerlichen Bodenrechts anhand einer Stakeholderbefragung am Beispiel Deutschlands

Ringvorlesung 2023/2024: Recht der nachhaltigen Nutzung natürlicher
Ressourcen (RNR) – Prof. Dr. Dr. Roland Norer

Luzern, 11. Januar 2024

Prof. Dr. jur. Antje G. I. Tölle

Prof. Dr. Antje G. I. Tölle – antje.toelle@hwr-berlin.de

Gliederung

Vergleichende Eckpunkte

Auswertung der Stakeholderbefragung

Résumé



Hochschule für
Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law



Vergleichende Eckpunkte

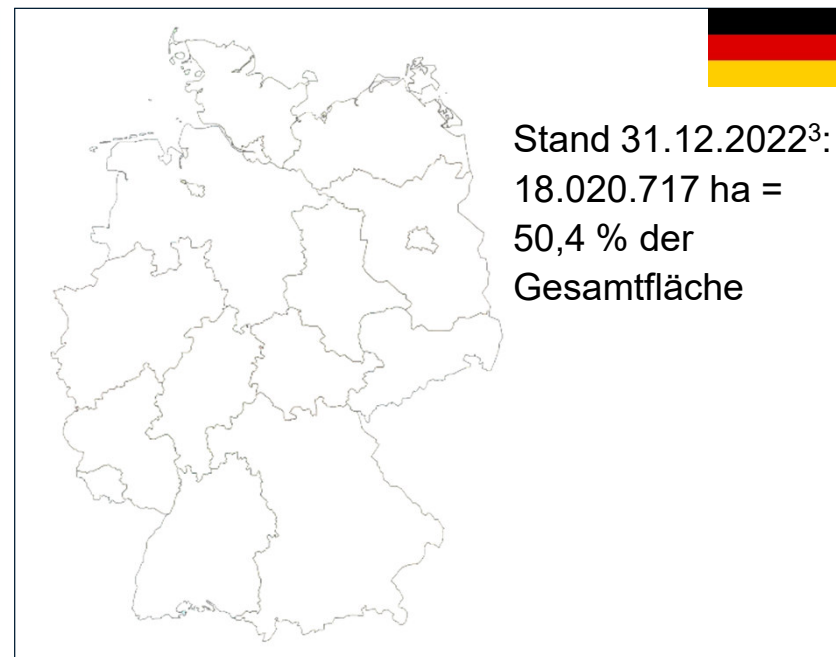
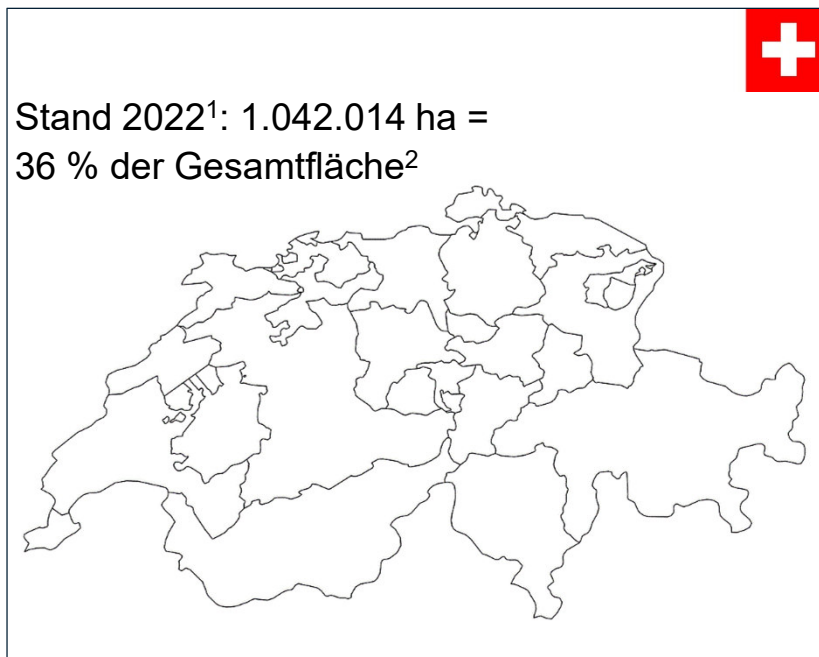


-
- **ausgewählte Aspekte des Bodenmarkts in der Schweiz und Deutschland kennenlernen**
 - **gesetzliche Regelungen in der Schweiz und Deutschland kennenlernen**
 - **Anlass der Stakeholder Befragung verstehen**
-

Vergleichende Eckpunkte (1/6)



Landwirtschaftliche Fläche



¹ Bundesamt für Statistik: [Landwirtschaftliche Nutzfläche ohne Sömmerungsweiden](#). Veröffentlichung 09.05.2023 (zuletzt aufgerufen 7.1.24)

² Bundesamt für Statistik: [Landwirtschaftsflächen](#) (zuletzt aufgerufen 7.1.24)

³ Statistisches Bundesamt: [GENIS-Online Flächennutzungsstatistik](#) – umgerechnet in ha (zuletzt aufgerufen 7.1.24)

Vergleichende Eckpunkte (2/6)



Preise landwirtschaftlicher Flächen

Keine aggregierten Daten für alle Kantone
im Internet auffindbar



Exemplarisch aber:

Kanton **Baselland** (2022)¹:

393.000 CHF / ar

= 3.930 CHF / ha = 4.200 €

80.113 €/ha² = 74833 CHF



≈ 16.200 €/ha = 15.132 CHF

11.497/ha € = 10.739 CHF

¹ AgriStat, Statistische Erhebungen und Schätzungen über Landwirtschaft und Ernährung, Kap. 8, 2022, S. 16.

² Deutscher Bauernverband, Situationsbericht 23/24, 3.2 Boden- und Pachtmarkt.

Vergleichende Eckpunkte (3/6)



Grundlage für Gesetzgebung

Art. 104 Bundesverfassung (BV)



- ¹ **Der Bund** sorgt dafür, dass die Landwirtschaft durch eine nachhaltige und auf den Markt ausgerichtete Produktion einen wesentlichen Beitrag leistet zur:
- a. sicheren Versorgung der Bevölkerung;
 - b. Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und zur Pflege der Kulturlandschaft;
 - c. dezentralen Besiedlung des Landes.
- ² Ergänzend zur zumutbaren Selbsthilfe der Landwirtschaft und nötigenfalls abweichend vom Grundsatz der Wirtschaftsfreiheit fördert der Bund die bodenbewirtschaftenden bäuerlichen Betriebe.
- ³ Er richtet die Massnahmen so aus, dass die Landwirtschaft ihre multifunktionalen Aufgaben erfüllt. Er hat insbesondere folgende Befugnisse und Aufgaben:
- a. Er ergänzt das bäuerliche Einkommen durch Direktzahlungen zur Erzielung eines angemessenen Entgelts für die erbrachten Leistungen, unter der Voraussetzung eines ökologischen Leistungsnachweises.
 - b. Er fördert mit wirtschaftlich lohnenden Anreizen Produktionsformen, die besonders naturnah, umwelt- und tierfreundlich sind.
 - c. Er erlässt Vorschriften zur Deklaration von Herkunft, Qualität, Produktionsmethode und Verarbeitungsverfahren für Lebensmittel.
 - d. Er schützt die Umwelt vor Beeinträchtigungen durch überhöhten Einsatz von Düngstoffen, Chemikalien und anderen Hilfsstoffen.
 - e. Er kann die landwirtschaftliche Forschung, Beratung und Ausbildung fördern sowie Investitionshilfen leisten.
 - f. Er kann Vorschriften zur Festigung des bäuerlichen Grundbesitzes erlassen.**

Art. 74 Absatz 1 Nr. 18 bis 2006



- (1) Die konkurrierende Gesetzgebung erstreckt sich auf folgende Gebiete:
- (...)
18. den Grundstücksverkehr, das Bodenrecht (ohne das Recht der Erschließungsbeiträge) und das ~~landwirtschaftliche Pachtwesen~~, das Wohnungswesen, das ~~Siedlungs- und Heimstättenwesen~~;
- (...)

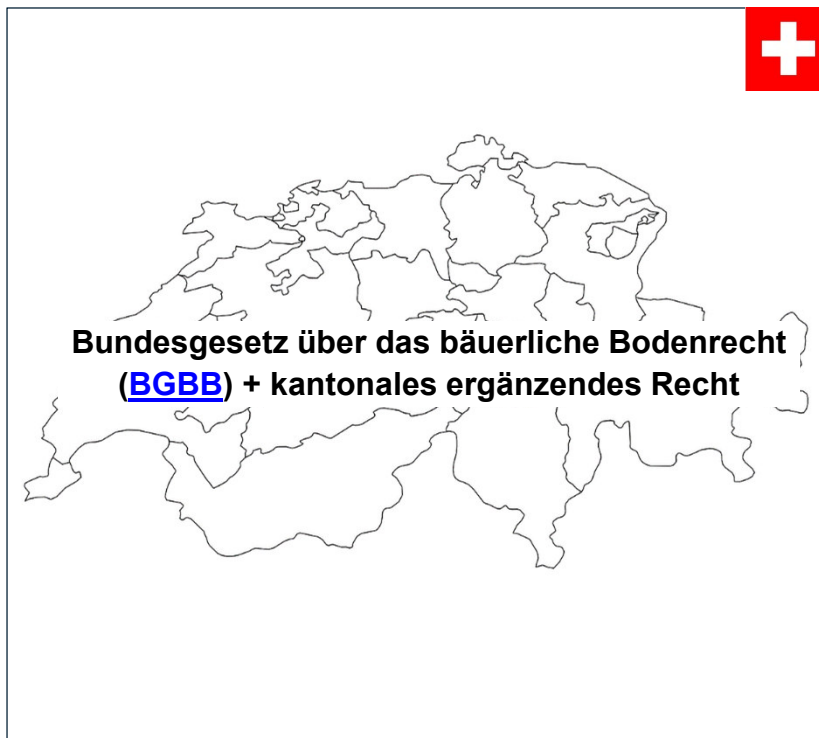
Art. 74 Absatz 1 Nr. 18 ab 2006

- (1) Die konkurrierende Gesetzgebung erstreckt sich auf folgende Gebiete:
- (...)
18. den städtebaulichen Grundstücksverkehr, das Bodenrecht (ohne das Recht der Erschließungsbeiträge) und das Wohngeldrecht, das Altschuldenhilferecht, das Wohnungsbauprämienrecht, das Bergarbeiterwohnungsbaurecht und das Bergmannssiedlungsrecht;
- (...)

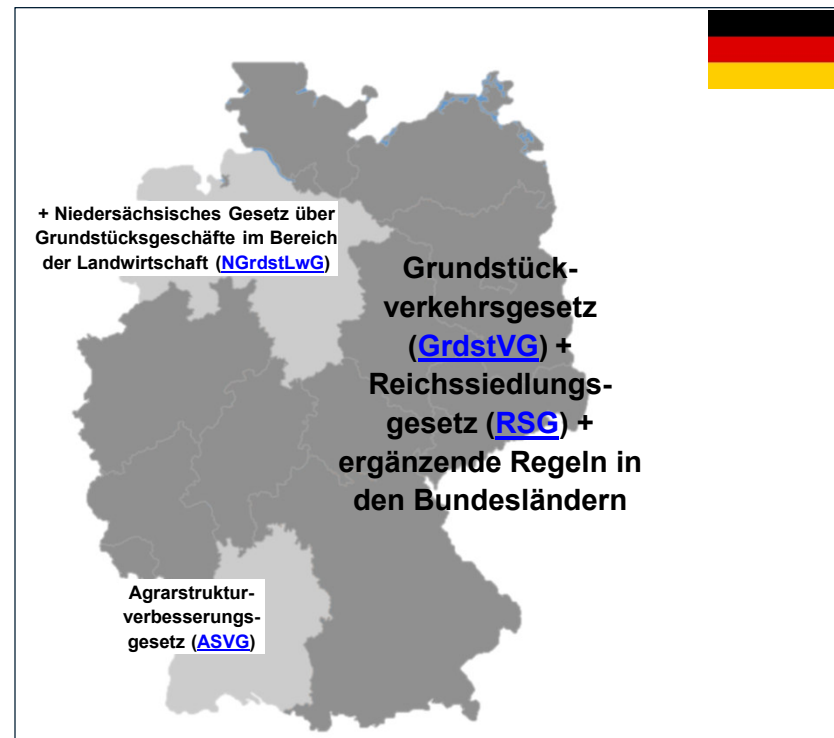
Vergleichende Eckpunkte (4/6)



Gesetzliche Grundlagen



Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht ([BGBB](#)) + kantonales ergänzendes Recht



+ Niedersächsisches Gesetz über Grundstücksgeschäfte im Bereich der Landwirtschaft ([NGrdstLwG](#))



Grundstückverkehrsgesetz ([GrdstVG](#)) + Reichssiedlungsgesetz ([RSG](#)) + ergänzende Regeln in den Bundesländern

Agrarstrukturverbesserungsgesetz ([ASVG](#))

Vergleichende Eckpunkte (5/6)





Gesetzliche Grundlagen – Aufbau und Regelungsgegenstände

Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht (BGBB) 	Grundstückverkehrsgesetz (GrdstVG) 
1. Titel Allgemeine Bestimmungen 1. Kapitel: Zweck, Gegenstand und Geltungsbereich 2. Kapitel: Begriffe	k. Regelung zum Zweck; aber zum Gegenstand, Geltungsbereich und teilweise Begriffsdefinitionen §§ 1 f. GrdstVG
2. Titel Privatrechtliche Beschränkungen des Verkehrs mit landwirtschaftlichen Gewerben und Grundstücken 1. Kapitel: Erbteilung	Funktional sind erbrechtliche Regelungen in den Höfeordnungen vorgesehen, die in einigen Bundesländern gelten. Weiterhin regelt §§ 13 – 17 GrdstVG die gerichtliche Zuweisung eines landwirtschaftlichen Betriebs, wenn durch gesetzliche Erbfolge eine Erbengemeinschaft entstanden ist
2. Kapitel: Aufhebung von vertraglich begründetem gemeinschaftlichen Eigentum	Funktional vergleichbare Regelung existiert nicht
3. Kapitel: Veräußerungsverträge	Funktional vergleichbare Regelung existiert nicht; § 1365 BGB Einwilligung bei Verfügung über Vermögen als Ganzes im Güterstand der Zugewinnngemeinschaft

Vergleichende Eckpunkte (6/6)



Gesetzliche Grundlagen – Aufbau und Regelungsgegenstände

Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht (BGBB) 	Grundstückverkehrsgesetz (GrdstVG) 
3. Titel Öffentlich-rechtliche Beschränkungen des Verkehrs mit landwirtschaftlichen Gewerben und Grundstücken	Funktional §§ 2 – 11; Genehmigungsverfahren (GER) entspricht dem Bewilligungsverfahren ¹ (CH) inkl. der privatrechtsgestaltenden Verwaltungsverfügung (CH) = privatrechtsgestaltender Verwaltungsakt ² (GER)
1. Kapitel: Realteilung landwirtschaftlicher Gewerbe und Zerstückelung landwirtschaftlicher Grundstücke	Funktional § 9 Absatz 1 Nr. 1, Abs. 3 sowohl für Realteilung als auch Zerstückelung von Grundstücken – als Versagungsgrund
2. Kapitel: Erwerb von landwirtschaftlichen Gewerben und Grundstücken	Funktional § 2 Abs. 1, 2 – 12 GrdstVG
3. Kapitel: Zivil- und verwaltungsrechtliche Folgen	Funktional existiert keine vergleichbare gesetzliche Regelung ansonsten § 7 Abs. 2 GrdstVG
4. Titel Massnahmen zur Verhütung der Überschuldung	Funktional vergleichbare Regelung existiert nicht
5. Titel Verfahren und Rechtsschutz	Funktional existiert §§ 10 ff. GrdstVG
6. Titel Schlussbestimmungen	Funktional Zuständigkeit: § 18 GrdstVG

¹ Stalder in: Das bäuerliche Bodenrecht, Kommentar, Sekretariat des Schweizerischen Bauernverbands (Hrsg.), 2011, Vorb. Art. 61-69, Rn. 15 ff.

² [...]



Auswertung der Stakeholderbefragung



-
- **Einschätzung von mit dem Bodenmarkt befassten Personen kennenlernen**
 - **diese ins Verhältnis zur Agrarstruktur, rechtlichen Rahmenbedingungen und politischen Ziel-/Wunschvorstellungen setzen**
-

Forschungsprojekte

1	 <p>BERLIN IFAF</p>	<p>Förderung: Institut für angewandte Forschung Berlin Projekttitle: Gesetzesfolgenabschätzung landwirtschaftlicher Bodenmarkt anhand von Österreich Laufzeit: Oktober 2022 – März 2023</p>
2	 <p>rentenbank</p>	<p>Förderung: Landwirtschaftliche Rentenbank Projekttitle: Impact Assessment landwirtschaftlichen Bodenmarktrecht Laufzeit: Juni 2023 – September 2024</p>

Stakeholderbefragung



Hochschule für
Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law

Zeitraum

31.01.23

Start

Woche 2

Woche 3

Woche 4

Woche 5

Woche 6

Woche 7

Woche 8

25.03.23

Ende

Begonnene Umfragen: 419 Beendete Fragebögen: 251

Art der Umfrage - Verteilung

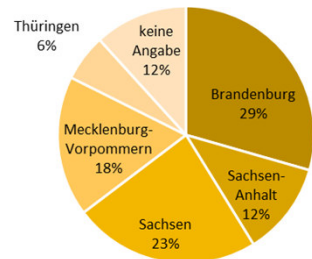
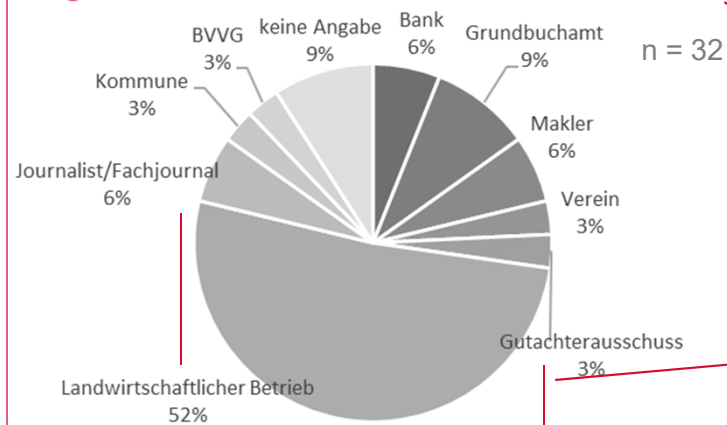
- anonyme Umfrage
- erstellter Link, der per E-Mail an persönliche Kontrakte, Funktionsadressen und Multiplikatoren
- gesendet wurde

Stakeholderbefragung

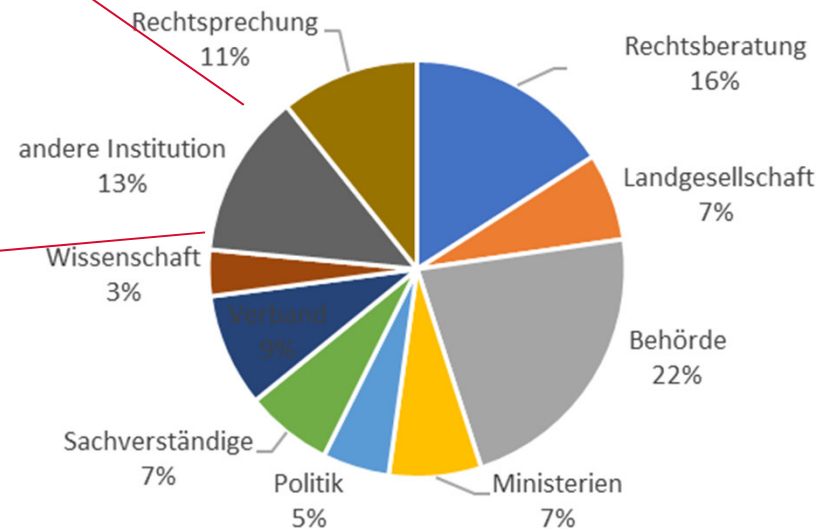


Institution – aus welchem Blickwinkel wird an der Umfrage teilgenommen in %

Eigenschaften anderer Institutionen in Prozent



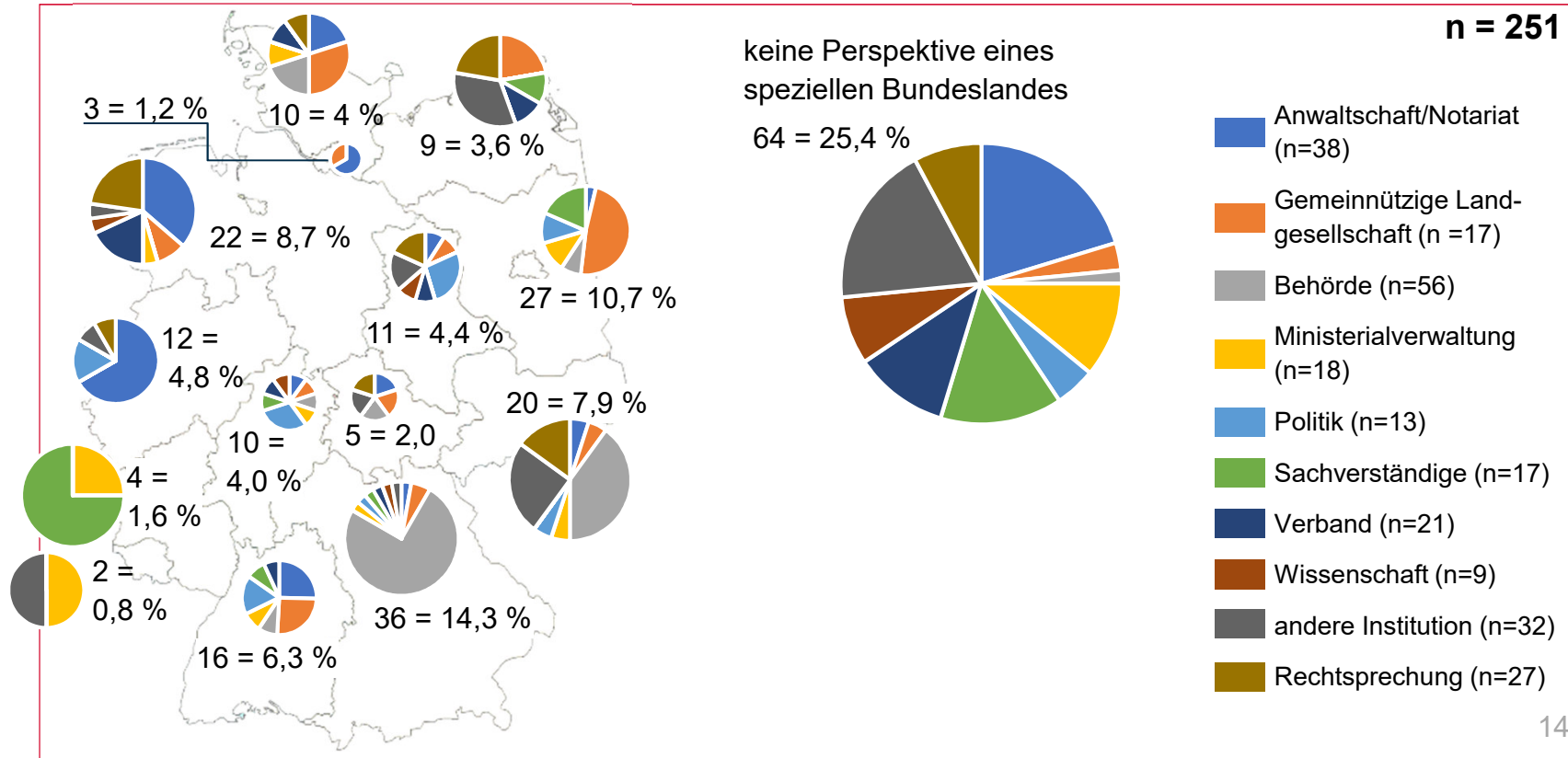
Institutionen, die an der Umfrage teilnahmen in Prozent (n=251)



Stakeholderbefragung



Perspektive eines Bundeslandes



Vergleichende Eckpunkte (3/x)



Gesetzesinitiativen und -pläne der Bundesländer



Bayern

Oppositionsentwurf eines
Gesetzes Sommer 2022
Landtagswahl Herbst 2023
Neuer KoaV: Bauernland in
Bauernhand



Brandenburg

KoaV 2019: Leitbild + Gesetz
Dez./Jan. 2023 Eckpunkte
Papier
April: Verbändeanhörung auf
Basis eines Referenten-
entwurfes



Hessen

Landtagswahl Herbst 2023
Neuer KoaV: Steuererleich-
terung im Vorkaufsrecht



Niedersachsen

KoaV 2022: Gesetz
gegen Preismissbrauch

Stakeholderbefragung



Hochschule für
Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law

Gesetzesinitiativen und -pläne der Bundesländer



Nordrhein-Westfalen

Koalitionsvertrag 2022:
Gründung Landgesellschaft +
Steuererleichterung beim
Vorkaufsrecht



Mecklenburg-Vorpommern

Koalitionsvertrag 2021 befasst
sich mit dem Bodenmarkt



Sachsen

Koalitionsvertrag 2019
Frühjahr 2023: Verbände-
anhörung
Oktober: Regierungsentwurf
Nächste Landtagswahl 2024



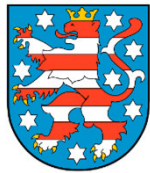
Sachsen-Anhalt

Koalitionsvertrag 2021:
Diskussion abschließen
Oppositionsantrag auf
Entschließung für ein Gesetz
2022
Fachgespräche 03/-11/23

Stakeholderbefragung



Gesetzesinitiativen und -pläne der Bundesländer



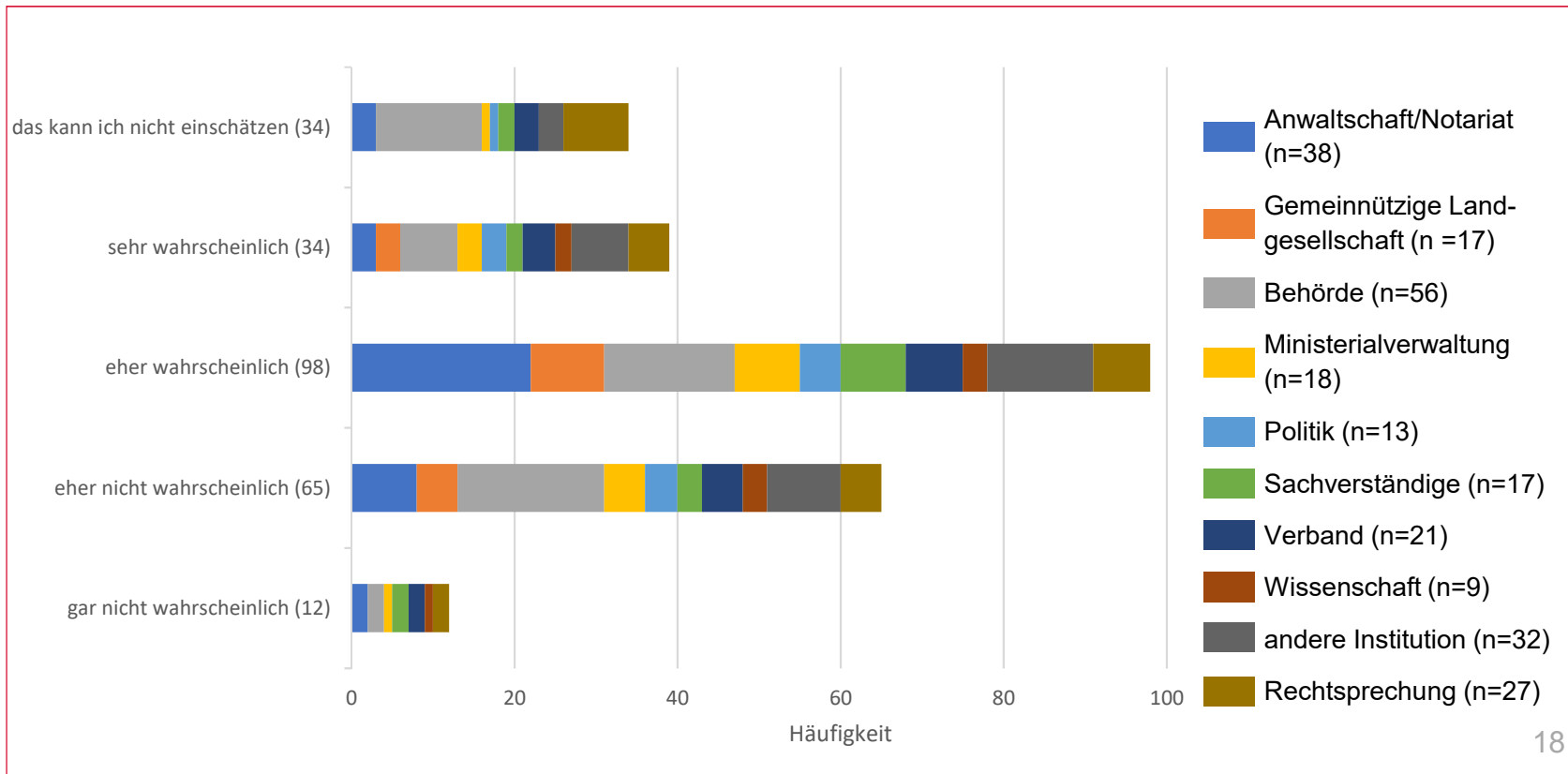
Thüringen

Koalitionsvertrag: Gesetz
Dezember 2023: Regierung-
entwurf

Stakeholderbefragung



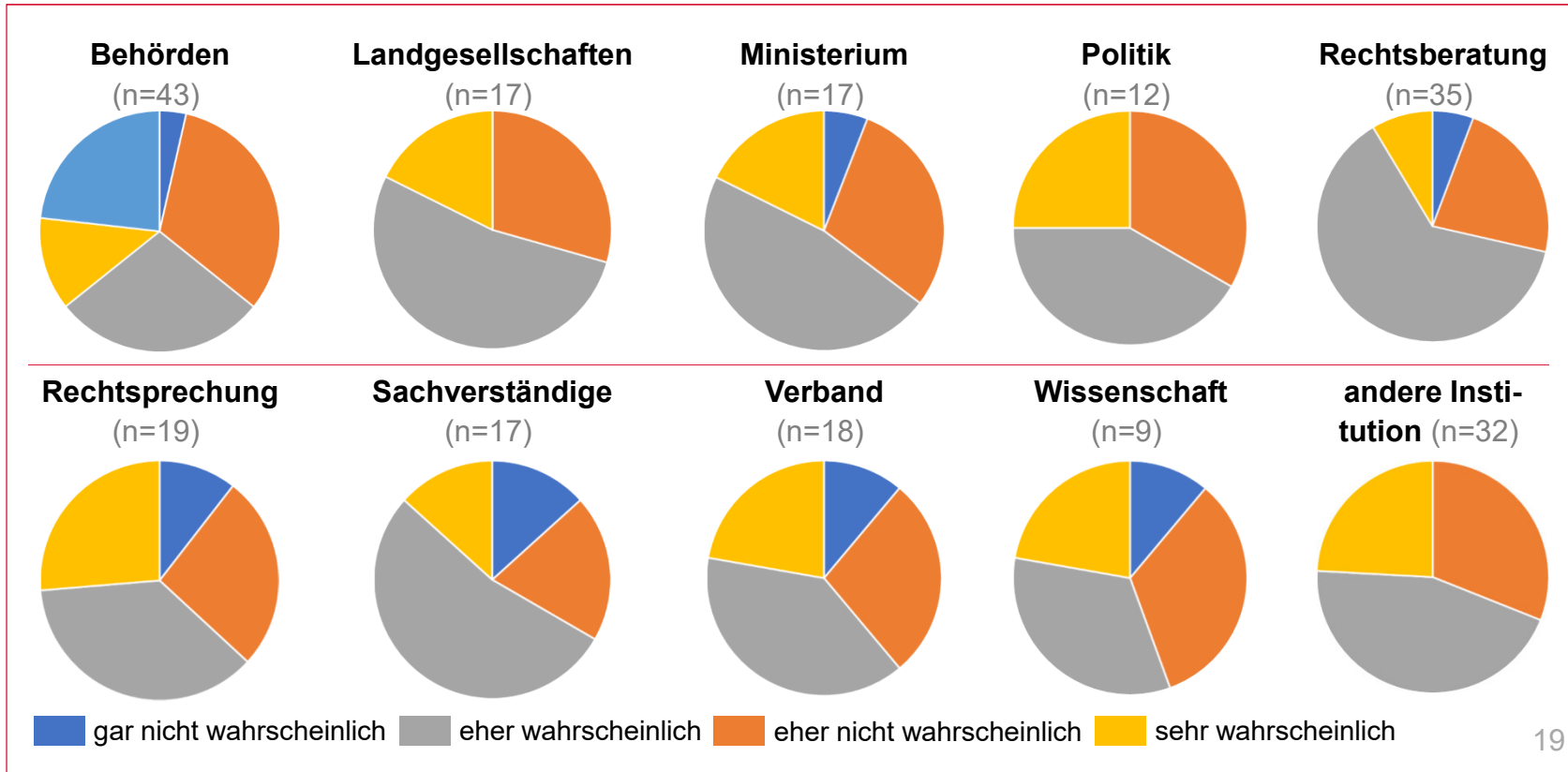
Politischer Handlungsdruck



Stakeholderbefragung



Politischer Handlungsdruck

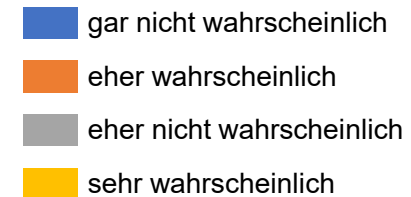
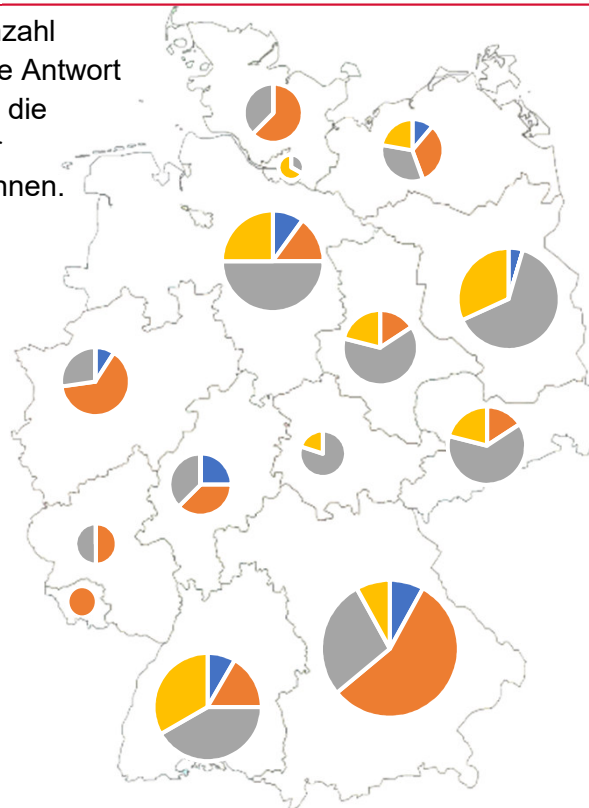


Stakeholderbefragung

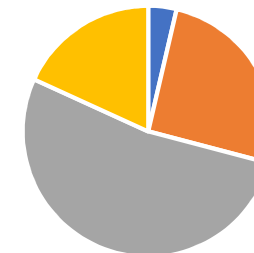
Politischer Handlungsdruck

Die Größe des Kreises stellt relativ die Anzahl an Personen dar, die bei der Umfrage eine Antwort gegeben haben. Unberücksichtigt bleiben die Personen ganz ohne Antwort oder mit der Rückmeldung es nicht einschätzen zu können.

Baden-Württemberg n = 12
Bayern n = 25
Brandenburg n = 23
Hamburg n = 3
Hessen n = 8
Mecklenburg-Vorpommern n = 9
Niedersachsen n = 20
Nordrhein-Westfalen n = 11
Rheinland-Pfalz n = 4
Saarland n = 2
Sachsen n = 19
Sachsen-Anhalt n = 11
Schleswig-Holstein n = 8
Thüringen n = 5

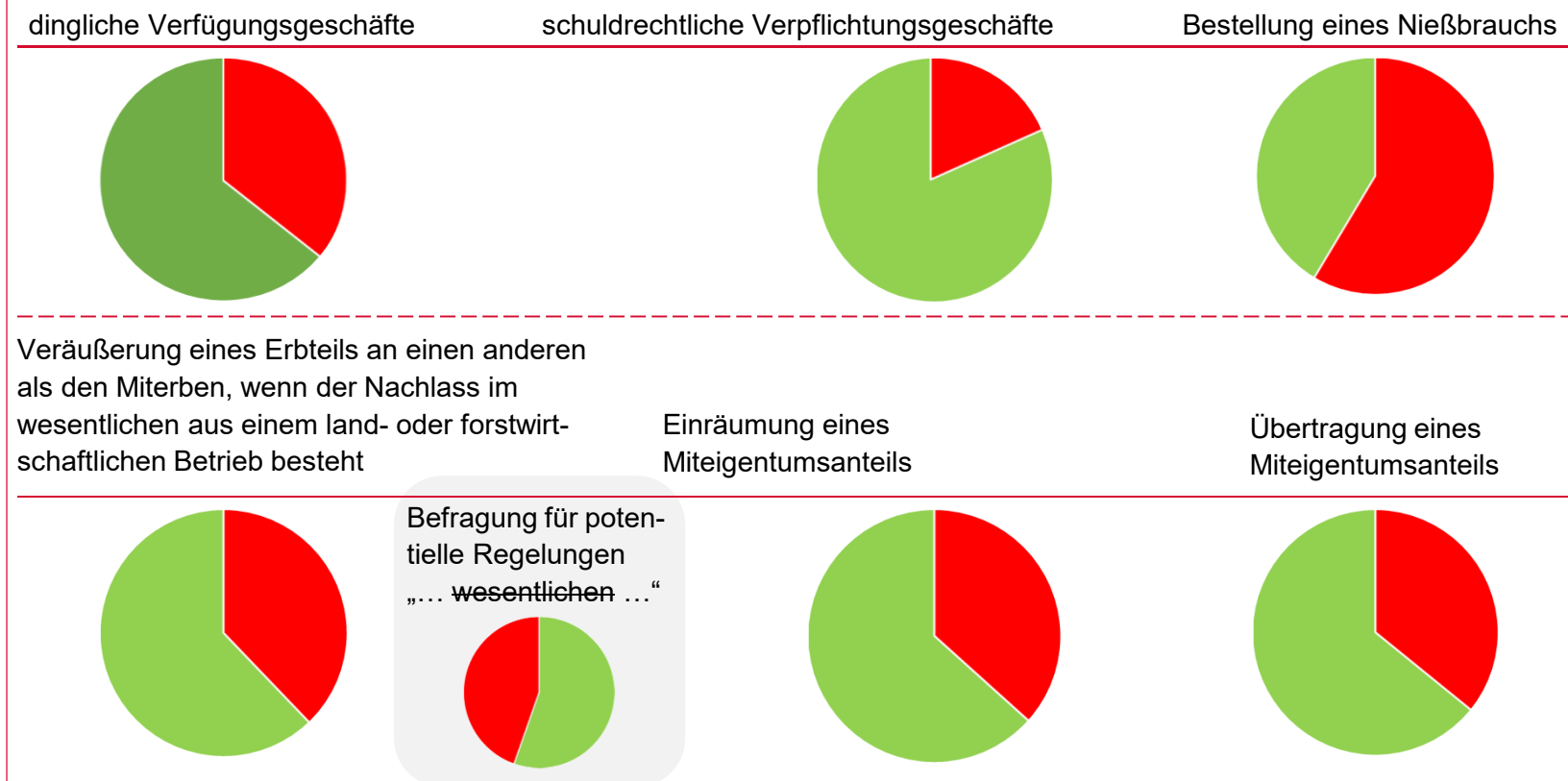


Einschätzung von Personen ohne konkreten Bezug zu einem Bundesland (n=55)



Stakeholderbefragung

Behördlich zu kontrollierende Rechtsgeschäfte – zurzeit kontrollierte Rechtsgeschäfte



Stakeholderbefragung



Behördlich zu kontrollierende Rechtsgeschäfte – möglicherweise

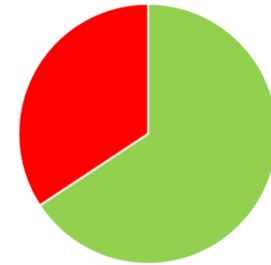
Bestellung eines Erbbaurechts



Testamente



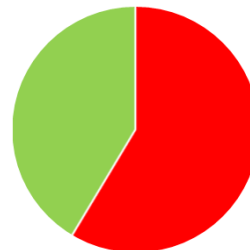
Zwangsversteigerung



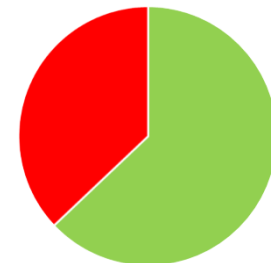
Unternehmensanteile „sog. share deals“



Rechtsgeschäfte, die auf anderen Weg
einen maßgeblichen Einfluss auf die
Geschäftsführung eines Unternehmens
gewähren



Veräußerung von
Fondanteilen bei



Stakeholderbefragung

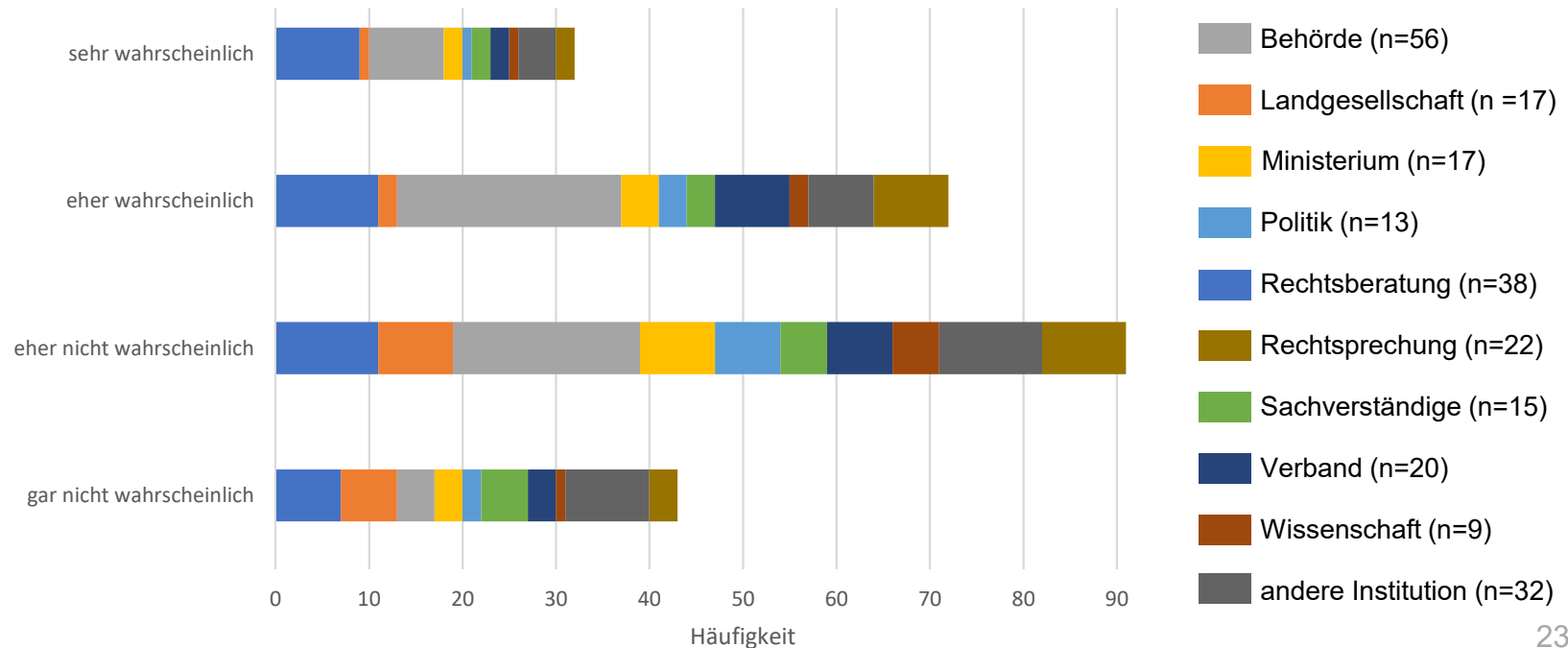


Mögliche weitere Änderungen im Kontrollregime

”

Rechtsgeschäfte zwischen Verwandten werden generell von einer Genehmigung freigestellt.

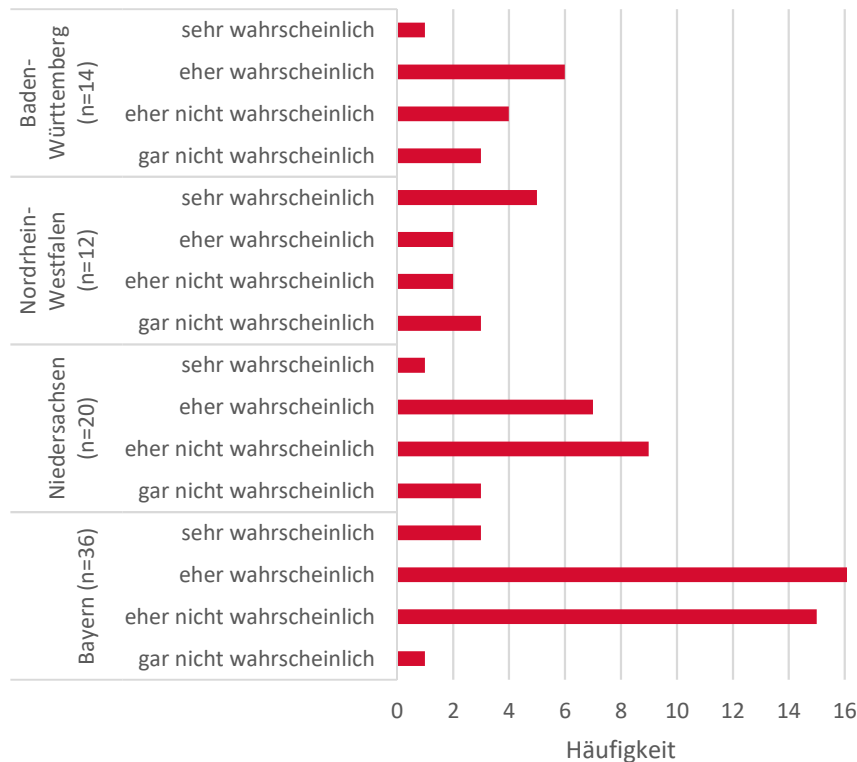
”



Stakeholderbefragung



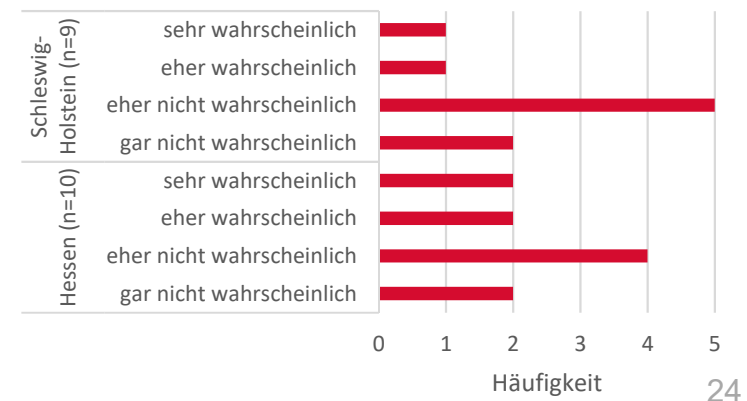
Mögliche weitere Änderungen im Kontrollregime



” *Rechtsgeschäfte zwischen Verwandten werden generell von einer Genehmigung freigestellt.* ”

Antworten Bundesländern mit mehr familiengeführten Betrieben

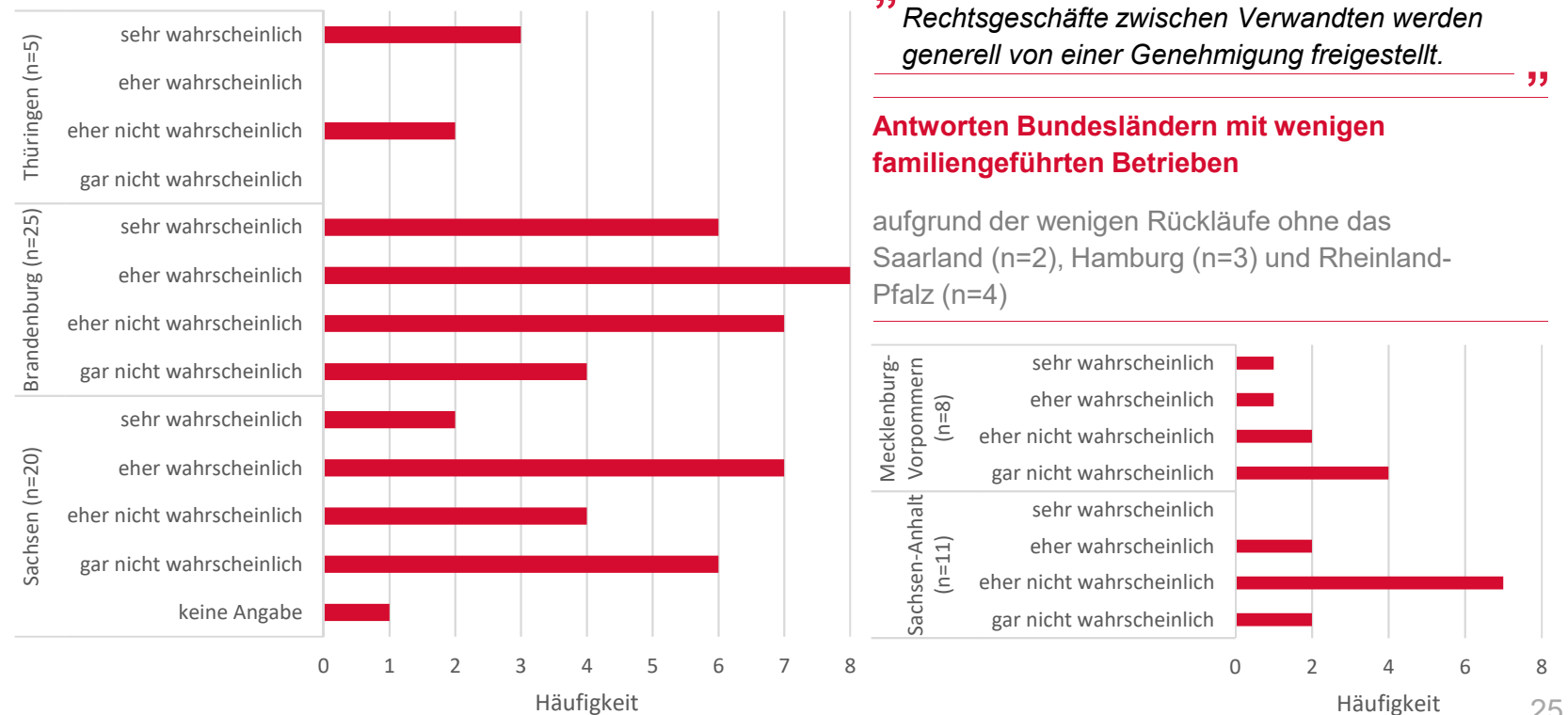
aufgrund der wenigen Rückläufe ohne das Saarland (n=2), Hamburg (n=3) und Rheinland-Pfalz (n=4)



Stakeholderbefragung



Mögliche weitere Änderungen im Kontrollregime



” *Rechtsgeschäfte zwischen Verwandten werden generell von einer Genehmigung freigestellt.* ”

Antworten Bundesländern mit wenigen familiengeführten Betrieben

aufgrund der wenigen Rückläufe ohne das Saarland (n=2), Hamburg (n=3) und Rheinland-Pfalz (n=4)

Stakeholderbefragung

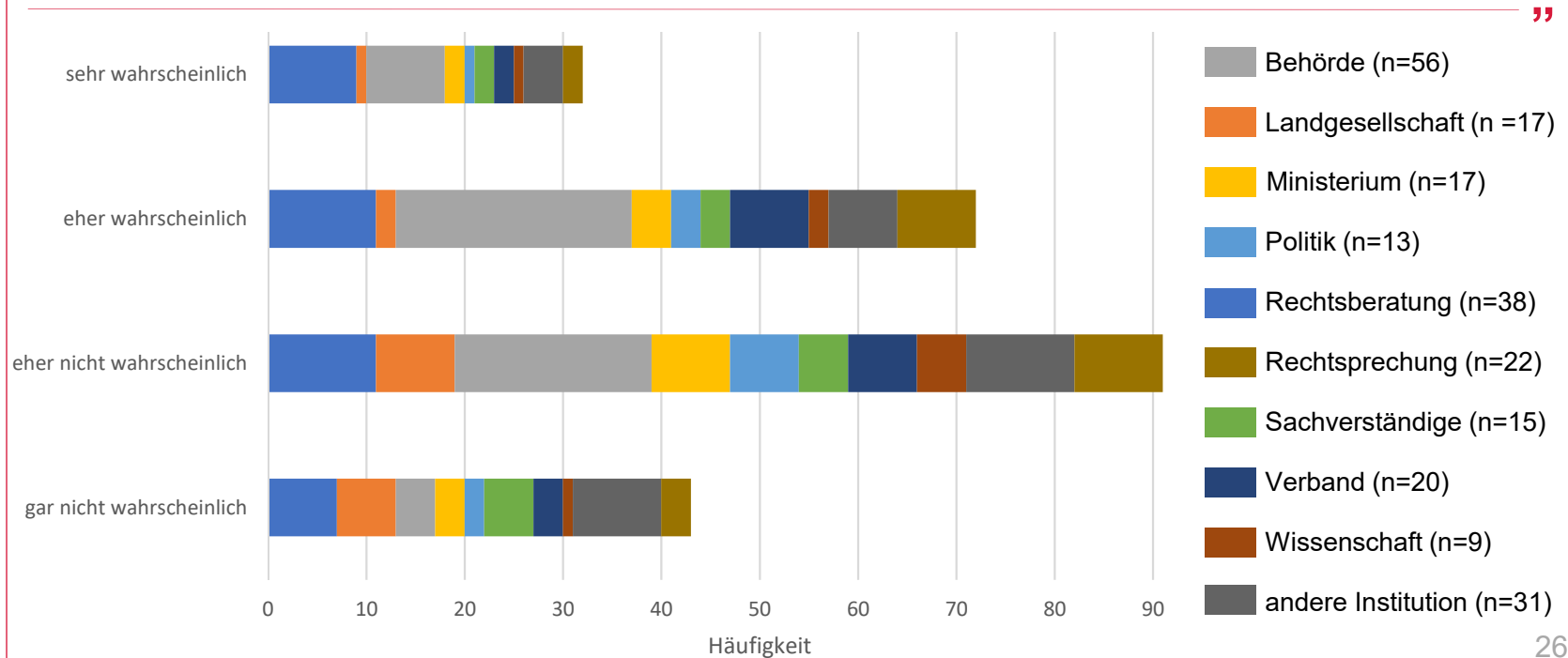


Mögliche weitere Änderungen im Kontrollregime

”

Landwirte/landwirtschaftliche Unternehmen werden legaldefiniert.

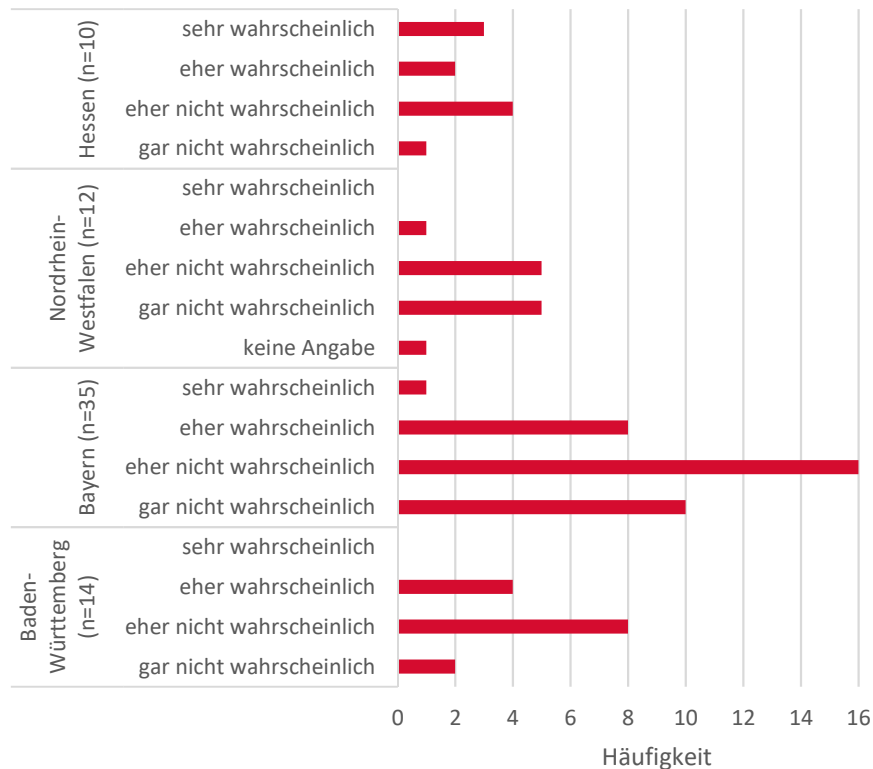
”



Stakeholderbefragung



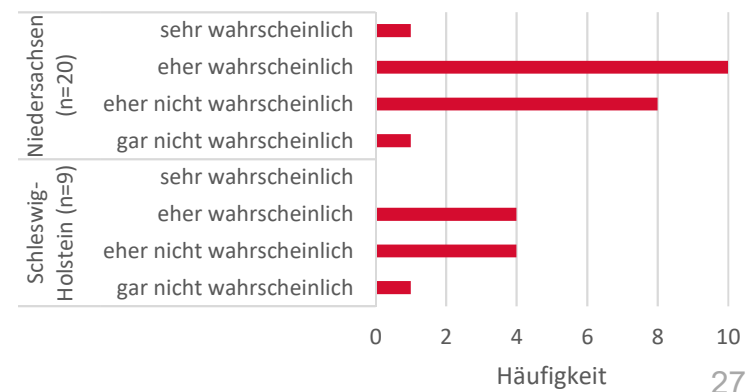
Mögliche weitere Änderungen im Kontrollregime



” *Landwirte/landwirtschaftliche Unternehmen werden legaldefiniert.* ”

Antworten Bundesländern mit statistisch wenigen Konzernstrukturen

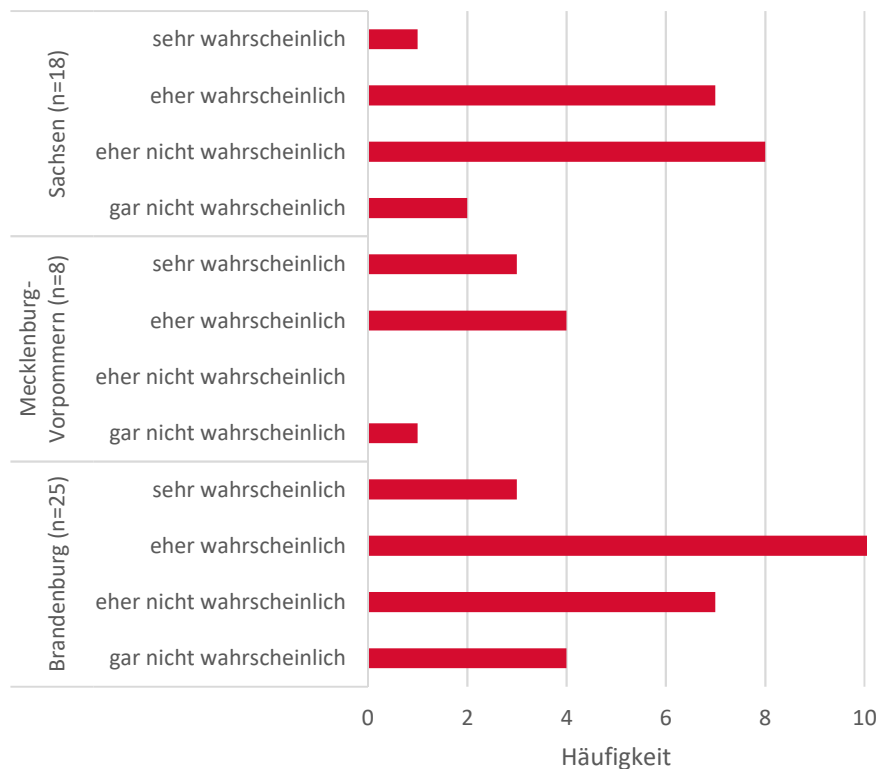
aufgrund der wenigen Rückläufe ohne das Saarland (n=2), Hamburg (n=3) und Rheinland-Pfalz (n=4)



Stakeholderbefragung



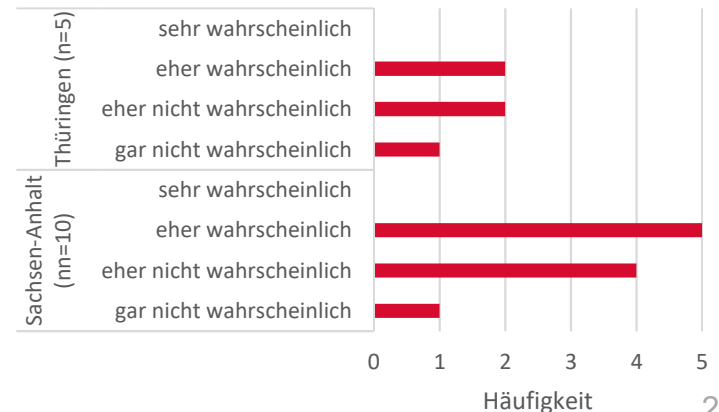
Mögliche weitere Änderungen im Kontrollregime



” *Landwirte/landwirtschaftliche Unternehmen werden legaldefiniert.* ”

Antworten Bundesländern mit statistisch mehr Konzernstrukturen

aufgrund der wenigen Rückläufe ohne das Saarland (n=2), Hamburg (n=3) und Rheinland-Pfalz (n=4)



Stakeholderbefragung

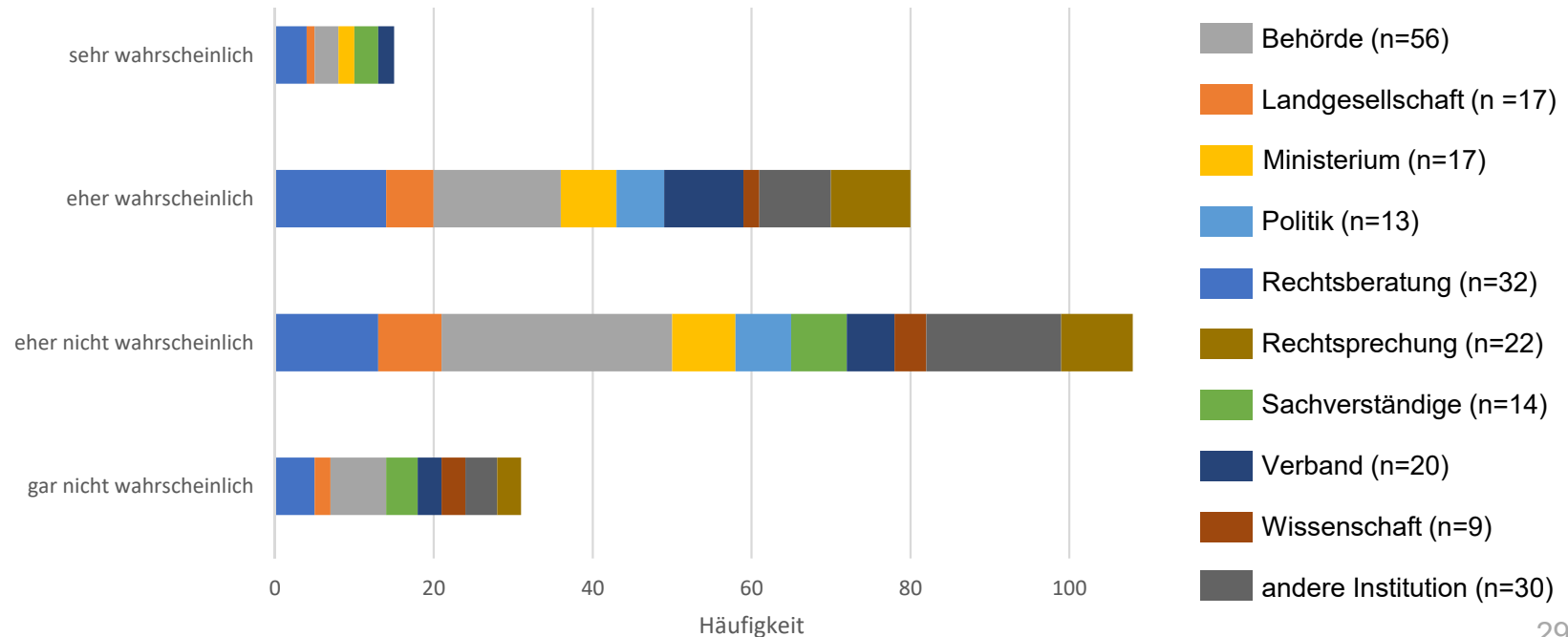


Mögliche weitere Änderungen im Kontrollregime

”

Beim Erwerb eines Grundstücks wird die Schwelle für einen Preismissbrauch niedriger als die 50 % Prozentgrenze sein.

”



Stakeholderbefragung



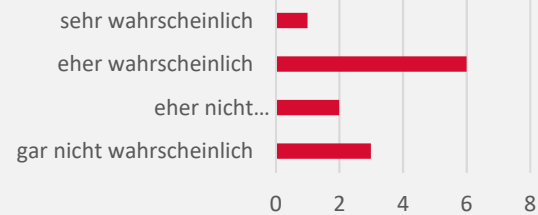
Folgen für die Rechtsanwendung

”

Beim Erwerb eines Grundstücks wird die Schwelle für einen Preismissbrauch niedriger als die 50 % Prozentgrenze sein.

Nordrhein-Westfalen 80.113 €

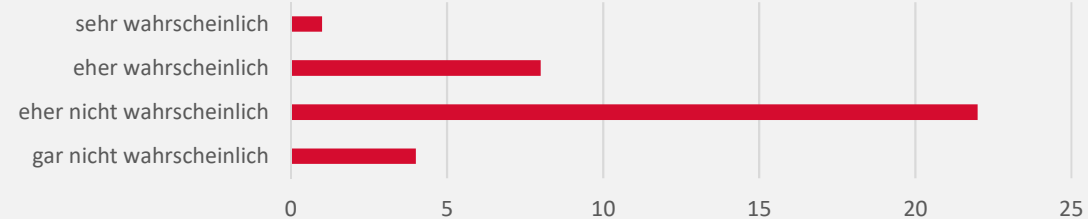
n=12



Bayern

76.626 €

n = 35



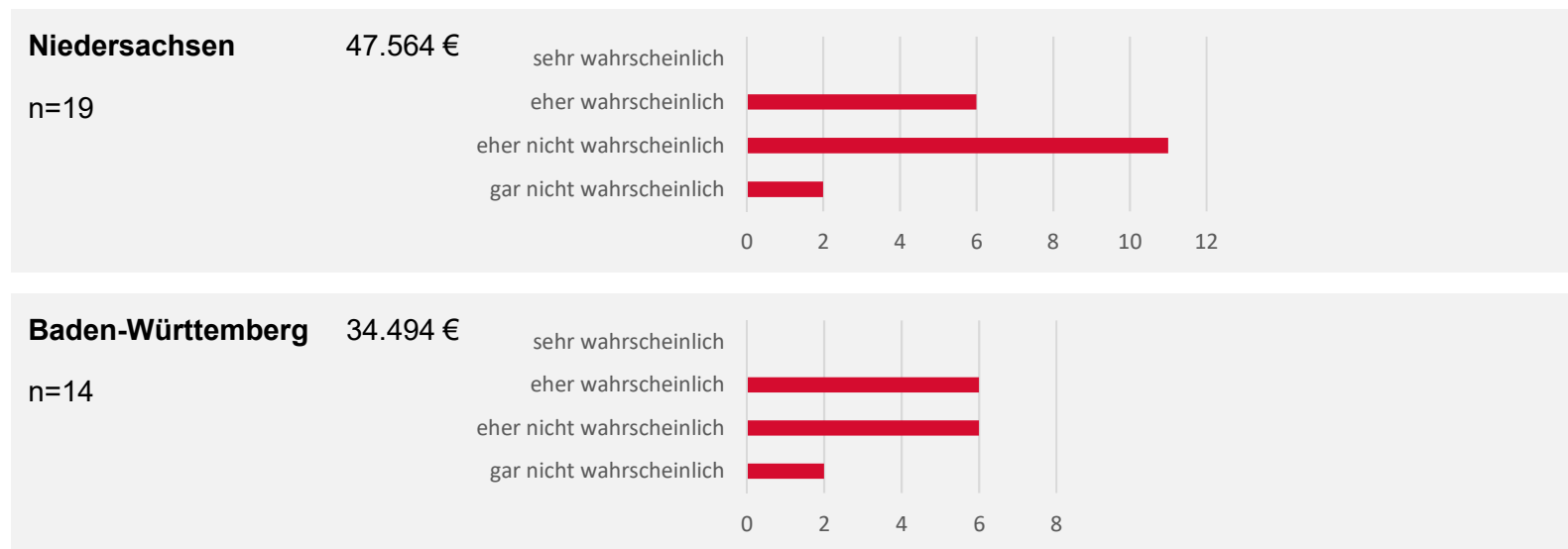
Stakeholderbefragung



Folgen für die Rechtsanwendung

”

Beim Erwerb eines Grundstücks wird die Schwelle für einen Preismissbrauch niedriger als die 50 % Prozentgrenze sein.



Stakeholderbefragung



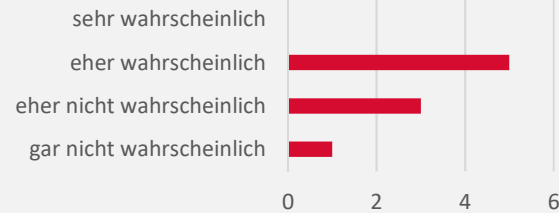
Folgen für die Rechtsanwendung

”

Beim Erwerb eines Grundstücks wird die Schwelle für einen Preismissbrauch niedriger als die 50 % Prozentgrenze sein.

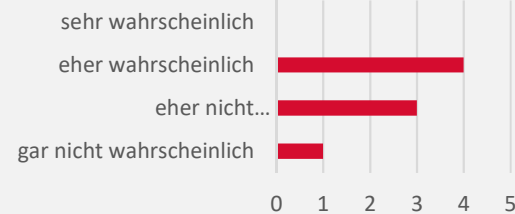
Schleswig-Holstein 32.570 €

n=9



Mecklenburg-Vorpommern 24.403 €

n=14



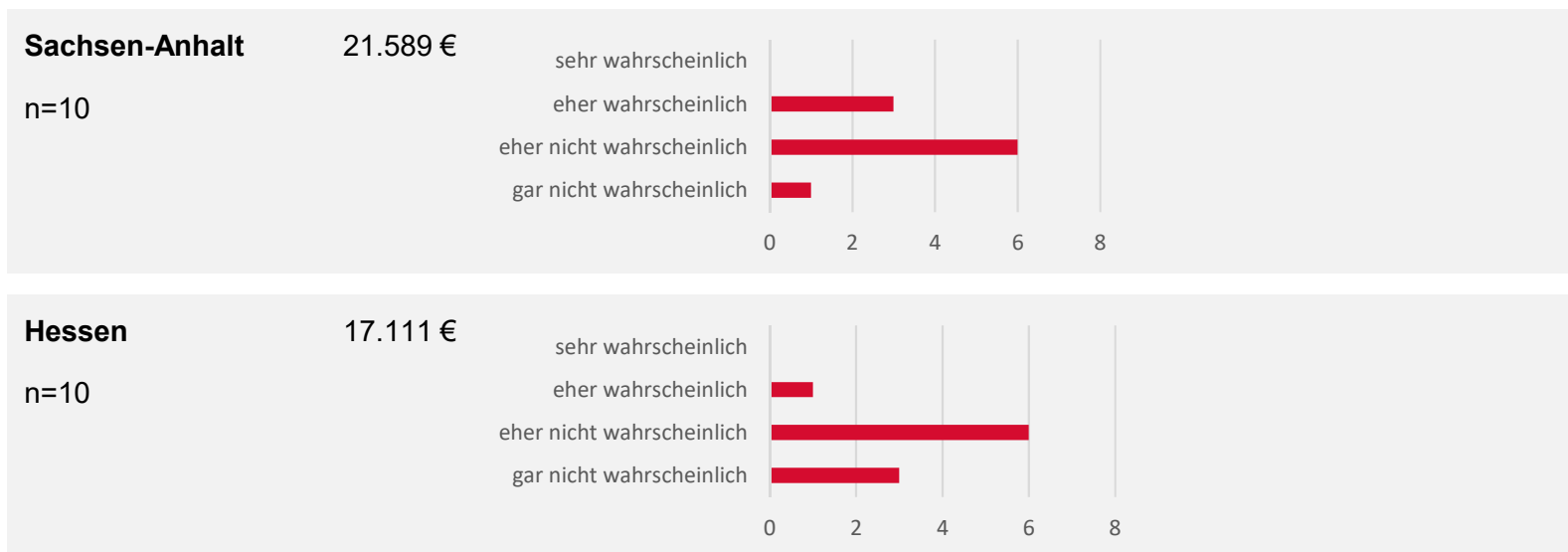
Stakeholderbefragung



Folgen für die Rechtsanwendung

”

Beim Erwerb eines Grundstücks wird die Schwelle für einen Preissmissbrauch niedriger als die 50 % Prozentgrenze sein.



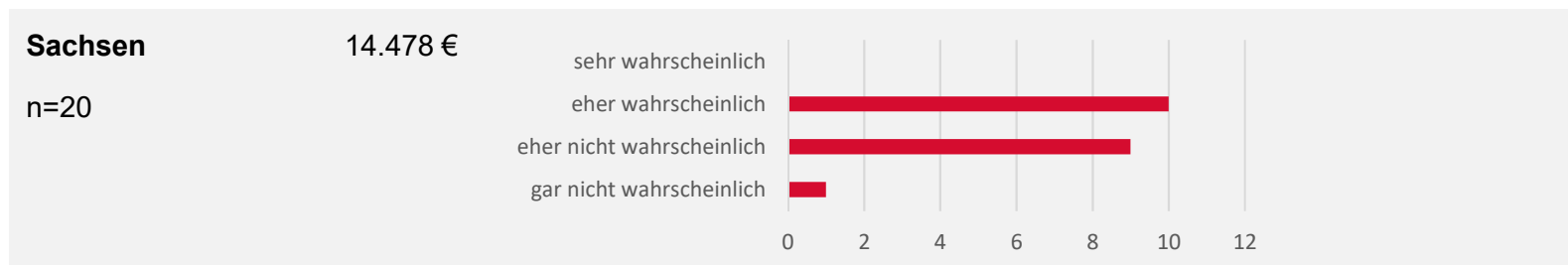
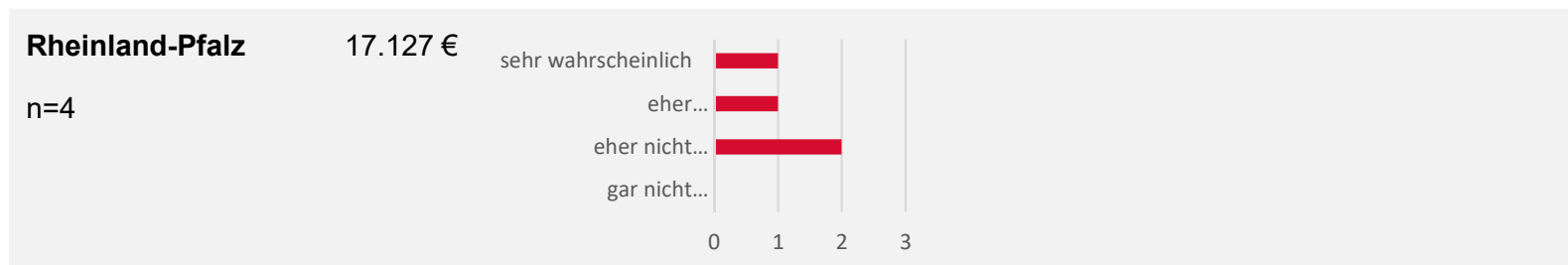
Stakeholderbefragung



Folgen für die Rechtsanwendung

”

Beim Erwerb eines Grundstücks wird die Schwelle für einen Preissmissbrauch niedriger als die 50 % Prozentgrenze sein.



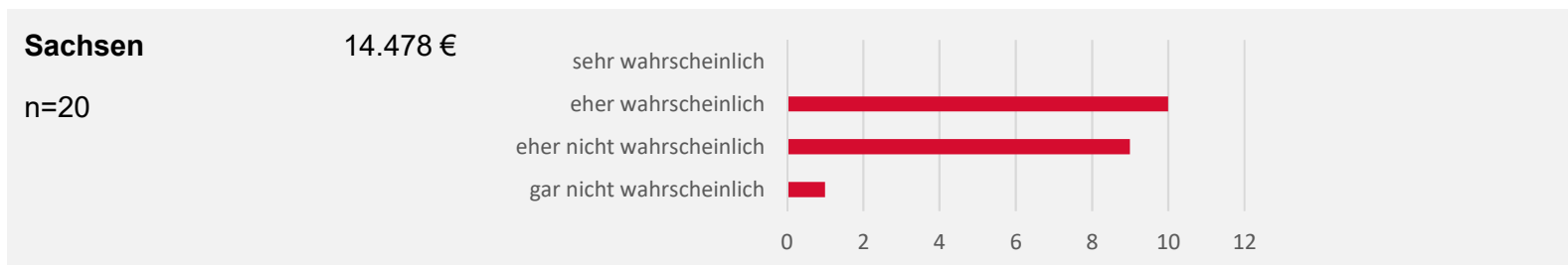
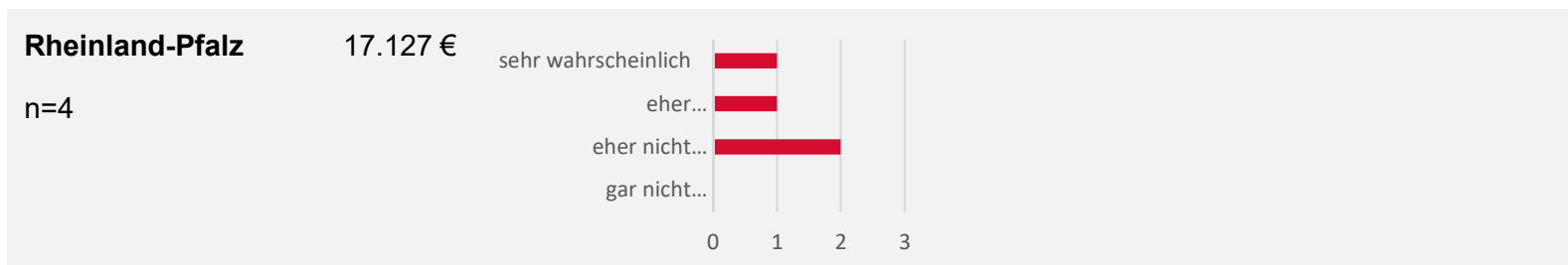
Stakeholderbefragung



Folgen für die Rechtsanwendung

”

Beim Erwerb eines Grundstücks wird die Schwelle für einen Preissmissbrauch niedriger als die 50 % Prozentgrenze sein.



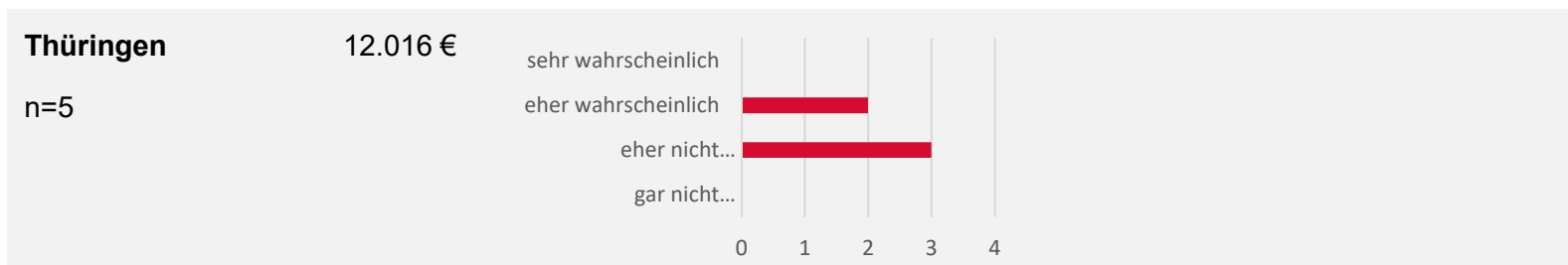
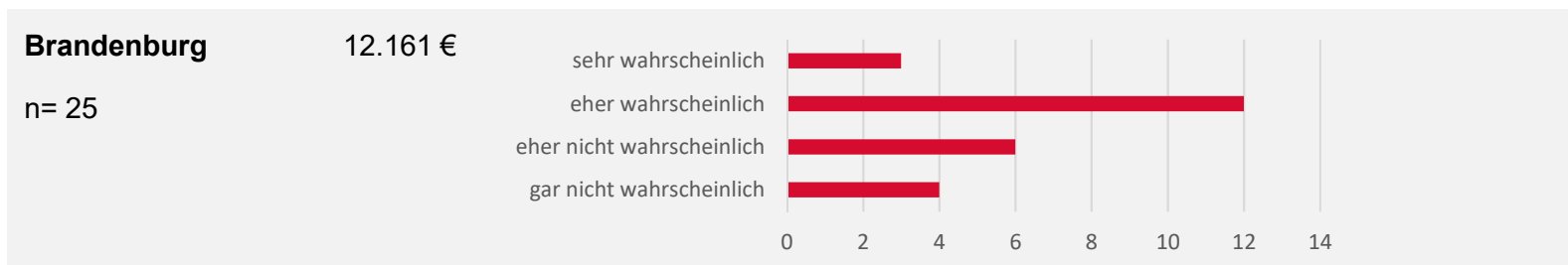
Stakeholderbefragung



Folgen für die Rechtsanwendung

”

Beim Erwerb eines Grundstücks wird die Schwelle für einen Preismissbrauch niedriger als die 50 % Prozentgrenze sein.



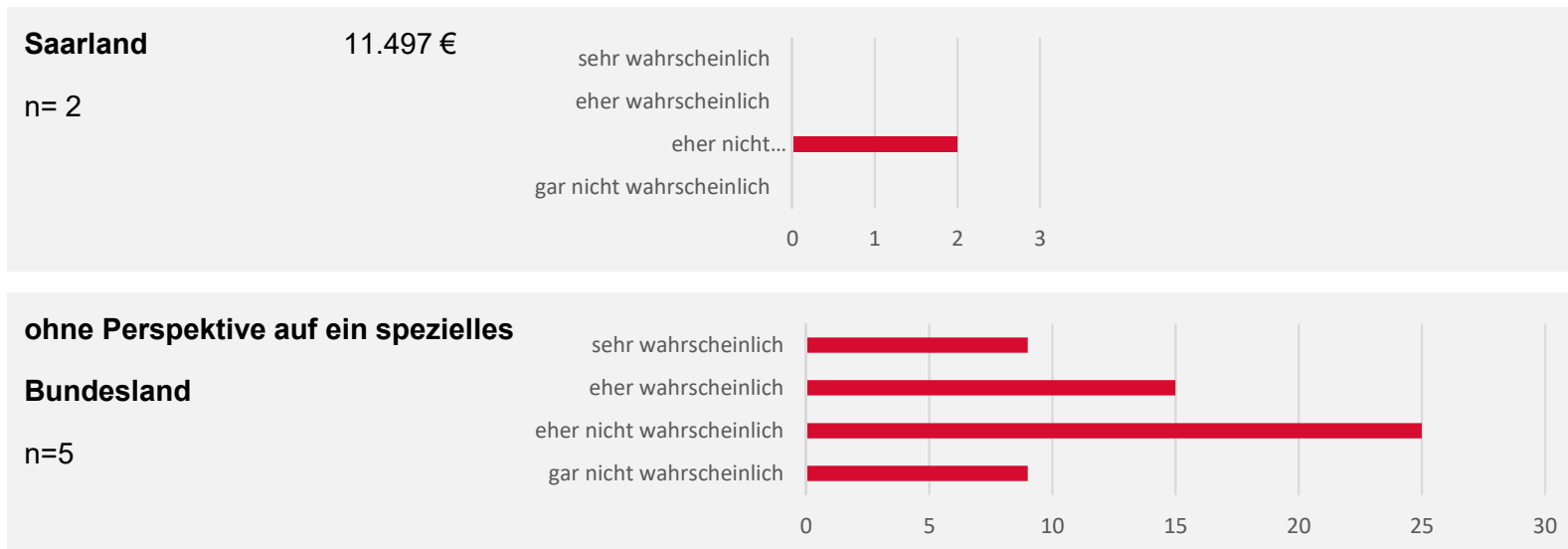
Stakeholderbefragung



Folgen für die Rechtsanwendung

”

Beim Erwerb eines Grundstücks wird die Schwelle für einen Preismissbrauch niedriger als die 50 % Prozentgrenze sein.

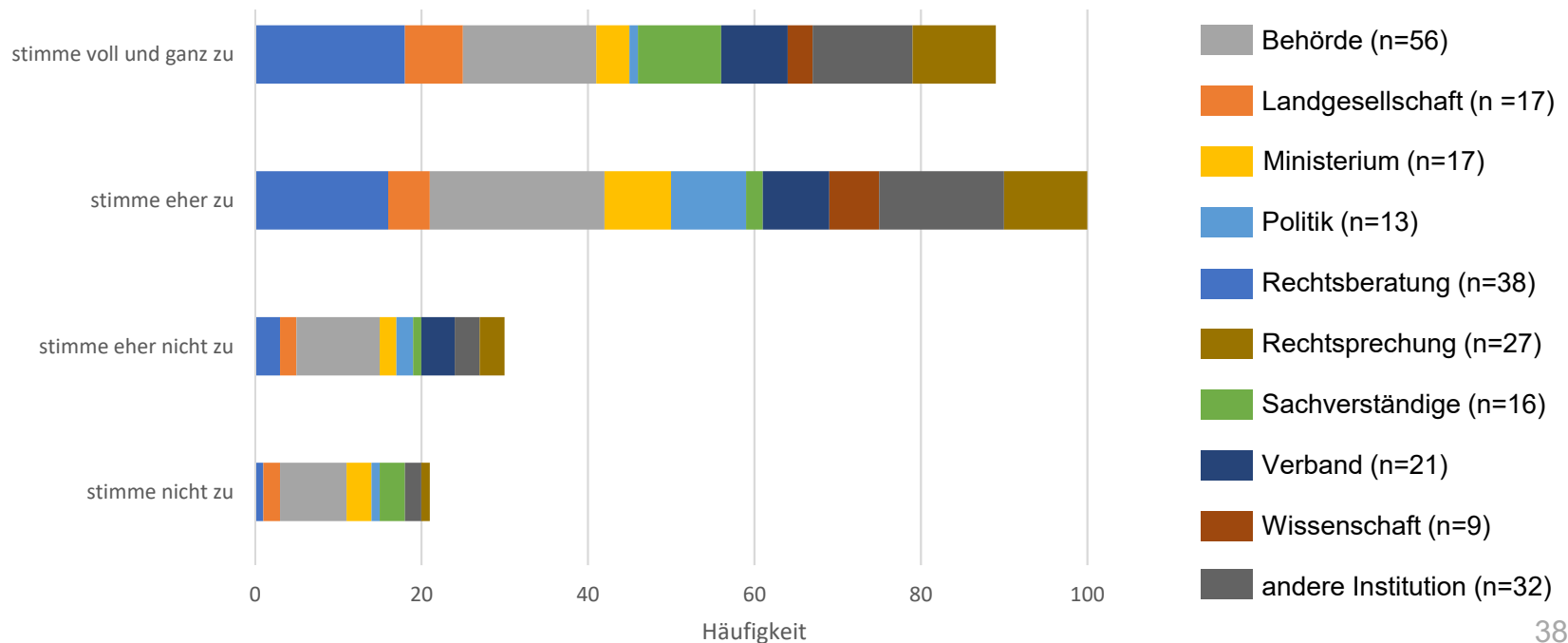


Stakeholderbefragung



Folgen für die Rechtsanwendung

”
Mit dem Wegfall einer bundeseinheitlichen Rechtslage und auch höchstrichterlichen Rechtsprechung durch den Bundesgerichtshof wird die Rechtsanwendung schwieriger.
”

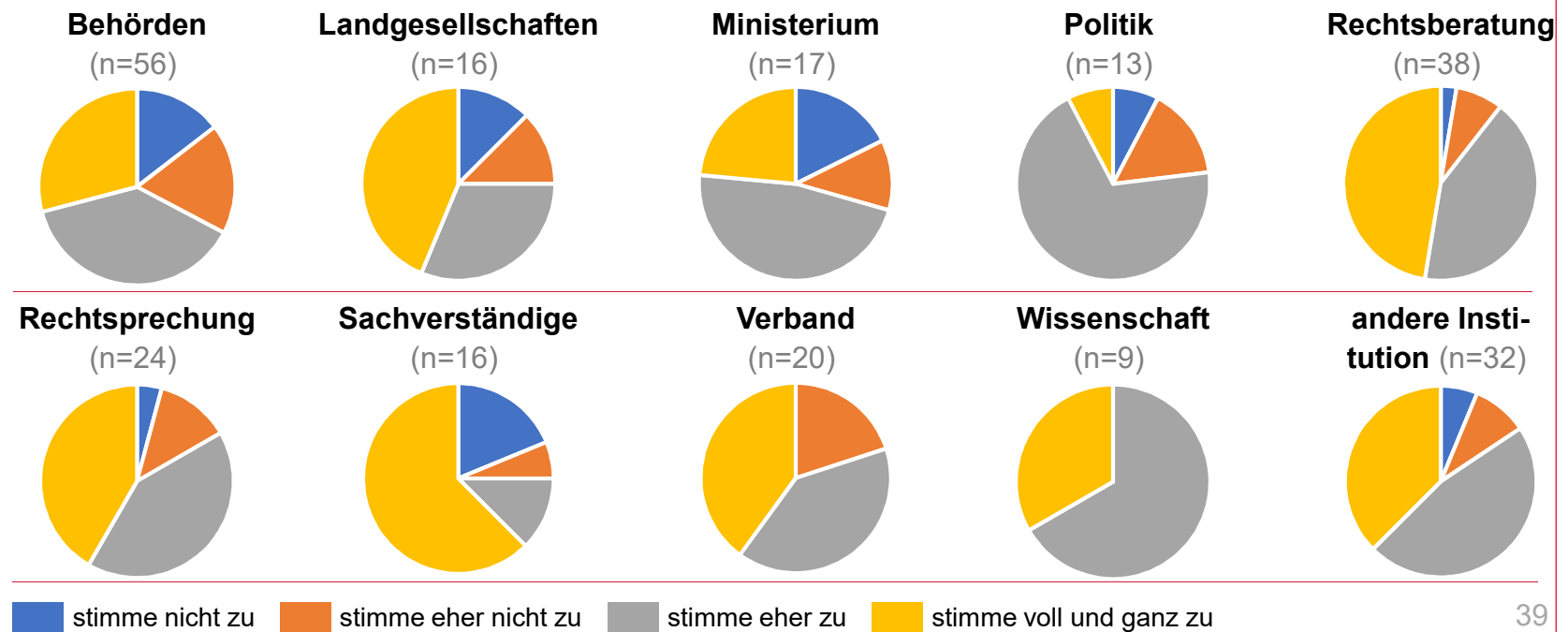


Stakeholderbefragung



Folgen für die Rechtsanwendung

„ Mit dem Wegfall einer bundeseinheitlichen Rechtslage und auch höchstrichterlichen Rechtsprechung durch den Bundesgerichtshof wird die Rechtsanwendung schwieriger. „



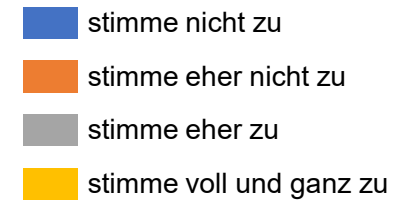
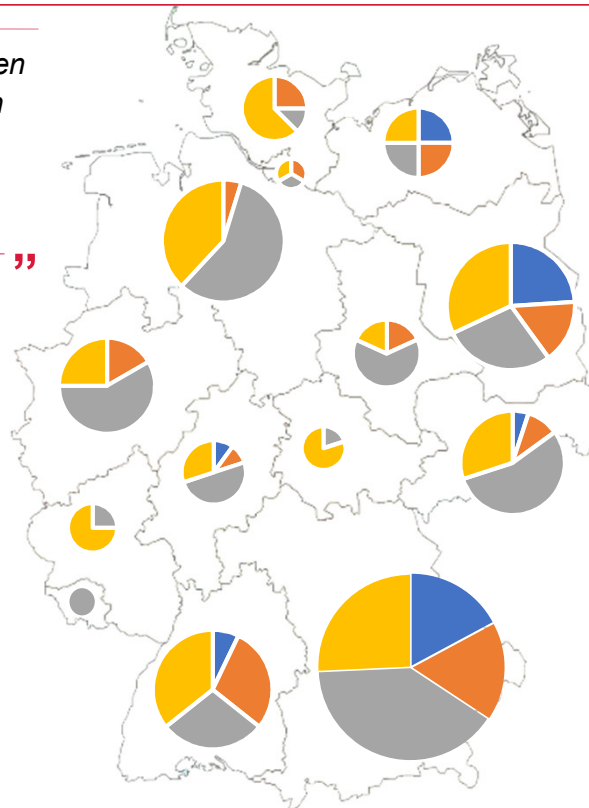
Stakeholderbefragung



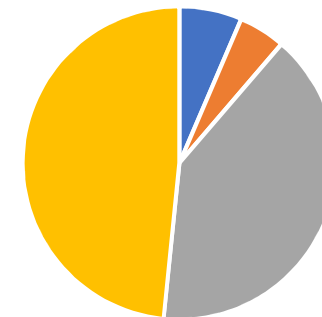
Folgen für die Rechtsanwendung

„
*Mit dem Wegfall einer bundeseinheitlichen
Rechtslage und auch höchstrichterlichen
Rechtsprechung durch den Bundes-
gerichtshof wird die Rechtsanwendung
schwieriger.*
“

Baden-Württemberg n = 14
Bayern n = 35
Brandenburg n = 25
Hamburg n = 3
Hessen n = 10
Mecklenburg-Vorpommern n = 8
Niedersachsen n = 21
Nordrhein-Westfalen n = 12
Rheinland-Pfalz n = 4
Saarland n = 2
Sachsen n = 20
Sachsen-Anhalt n = 11
Schleswig-Holstein n = 12
Thüringen n = 5



**Einschätzung von Personen
ohne konkreten Bezug zu einem
Bundesland (n=62)**

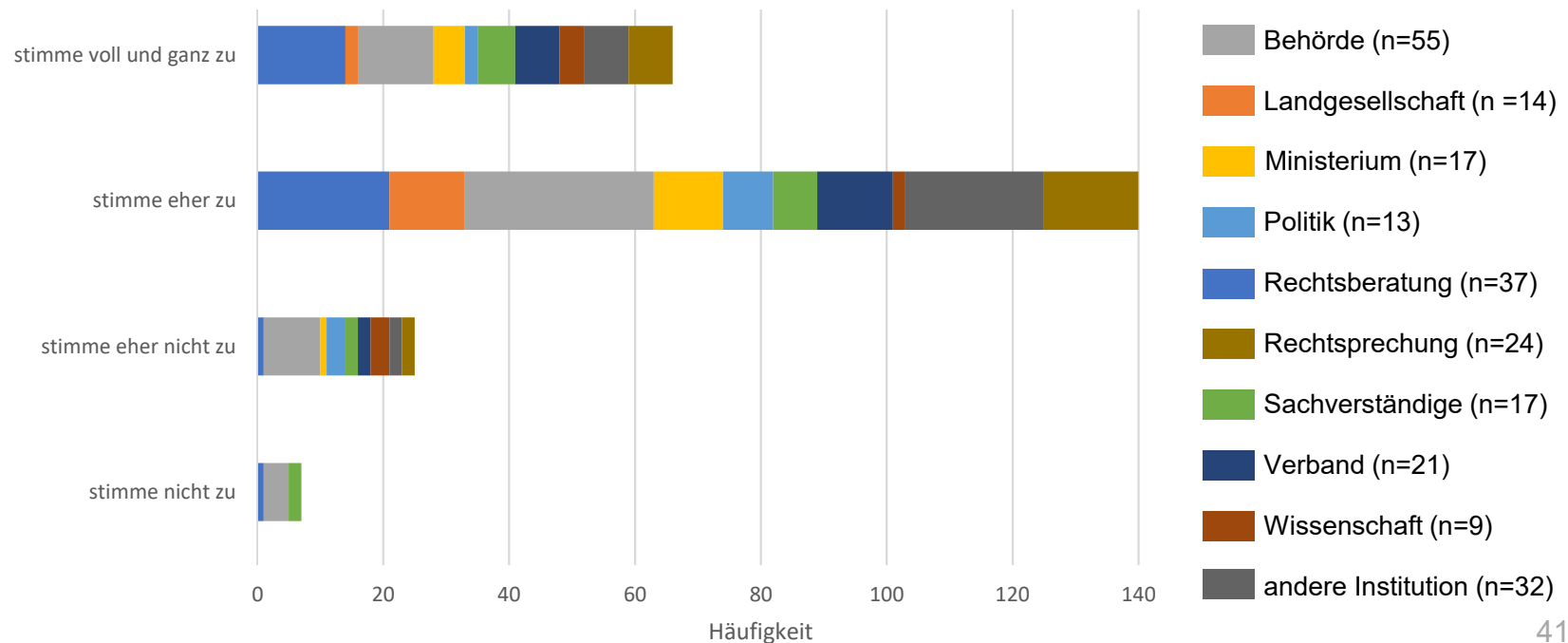


Stakeholderbefragung



Folgen für die Rechtsanwendung

”
Für die Rechtsanwendung werden Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Landesregelungen untereinander und zum (alten) Bundesrecht wichtiger.
”

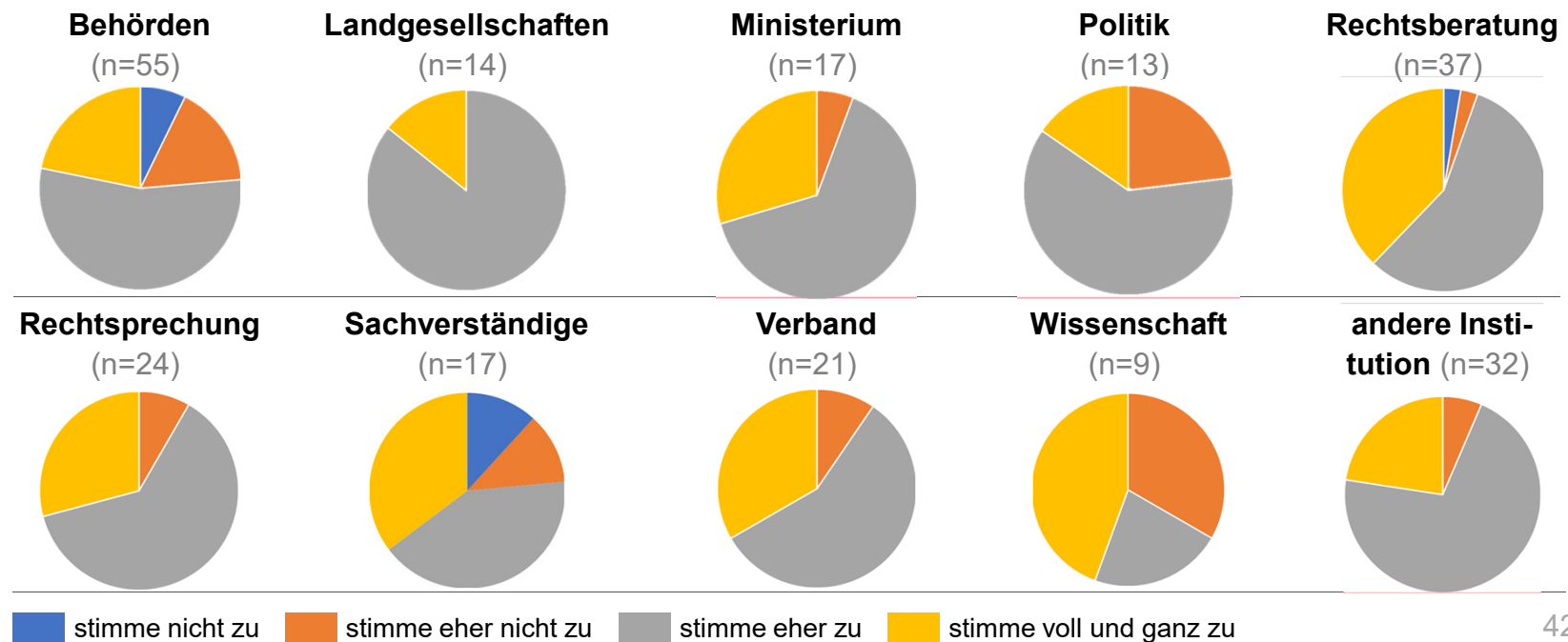


Stakeholderbefragung



Folgen für die Rechtsanwendung

„
Für die Rechtsanwendung werden Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Landesregelungen untereinander und zum (alten) Bundesrecht wichtiger.
“



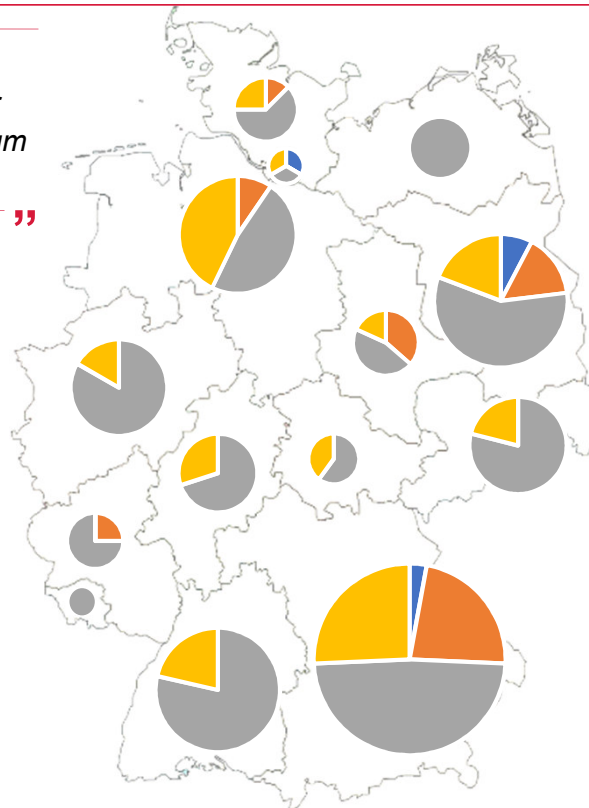
Stakeholderbefragung



Folgen für die Rechtsanwendung

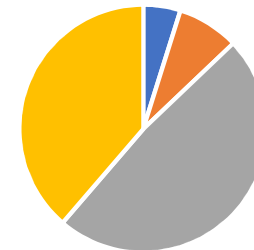
„
Für die Rechtsanwendung werden
Gemeinsamkeiten und Unterschiede der
Landesregelungen untereinander und zum
(alten) Bundesrecht wichtiger.
“

Baden-Württemberg n = 14
Bayern n = 35
Brandenburg n = 26
Hamburg n = 3
Hessen n = 10
Mecklenburg-Vorpommern n = 6
Niedersachsen n = 21
Nordrhein-Westfalen n = 12
Rheinland-Pfalz n = 4
Saarland n = 2
Sachsen n = 19
Sachsen-Anhalt n = 11
Schleswig-Holstein n = 8
Thüringen n = 5



■ stimme nicht zu
■ stimme eher nicht zu
■ stimme eher zu
■ stimme voll und ganz zu

**Einschätzung von Personen
ohne konkreten Bezug zu einem
Bundesland (n=53)**



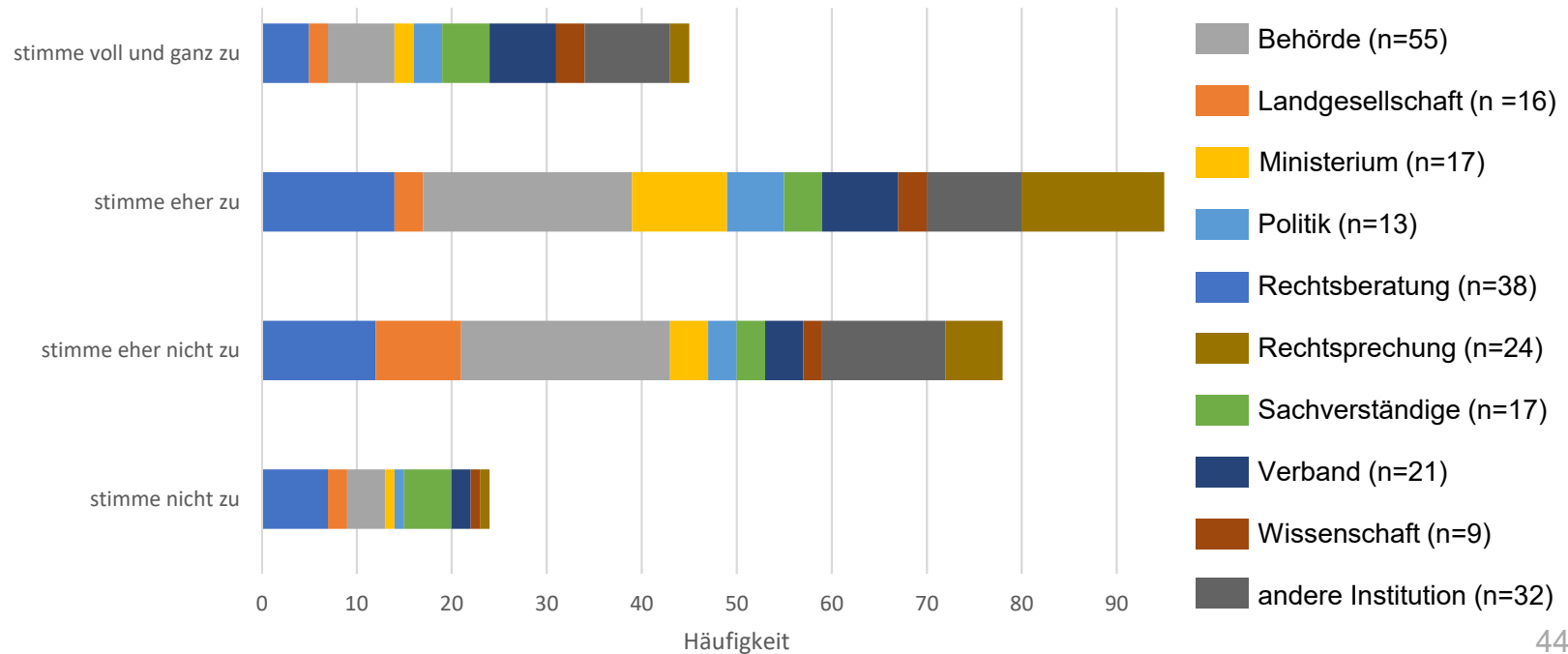
Stakeholderbefragung

Folgen für die Rechtsanwendung

”

Kaufinteressierte werden ihre Nachfrage auf bestimmte Länder aufgrund des dort geltenden Bodenrechts fokussieren.

”



Stakeholderbefragung

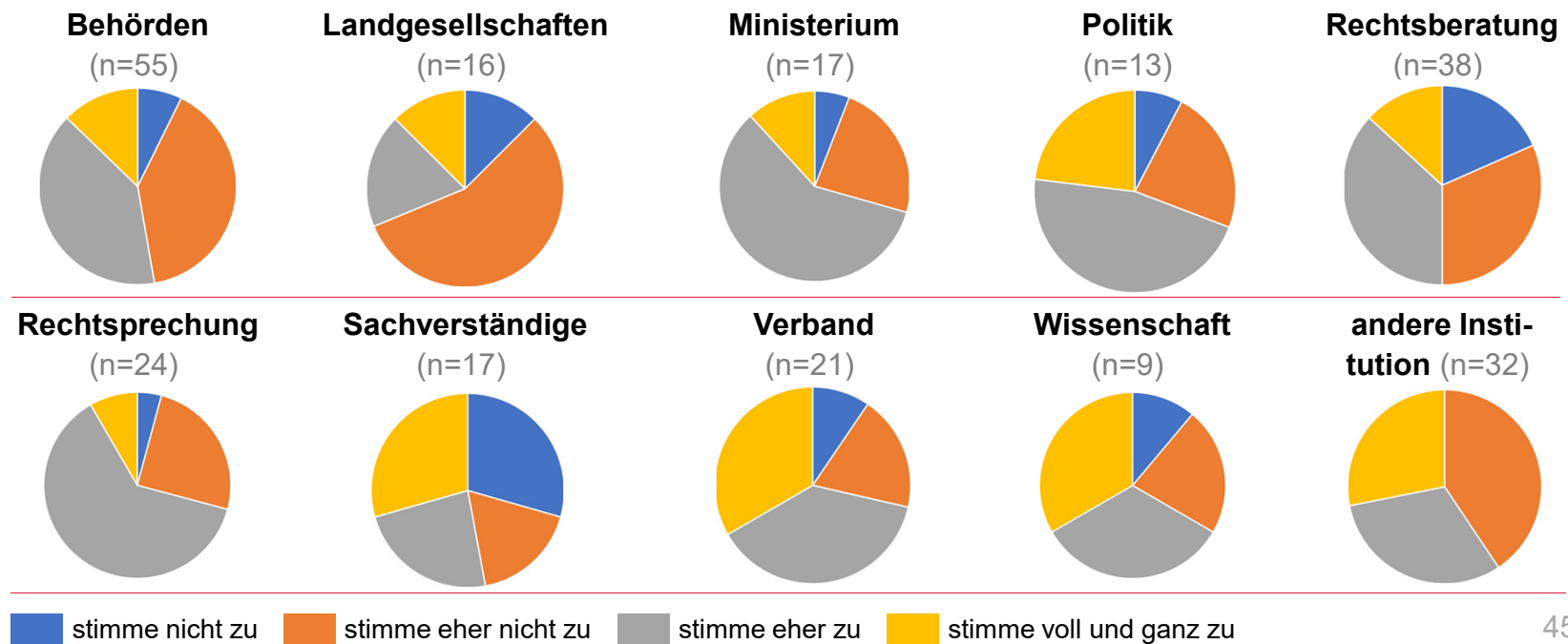


Folgen für die Rechtsanwendung

”

Kaufinteressierte werden ihre Nachfrage auf bestimmte Länder aufgrund des dort geltenden Bodenrechts fokussieren.

”



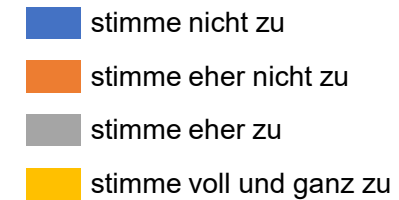
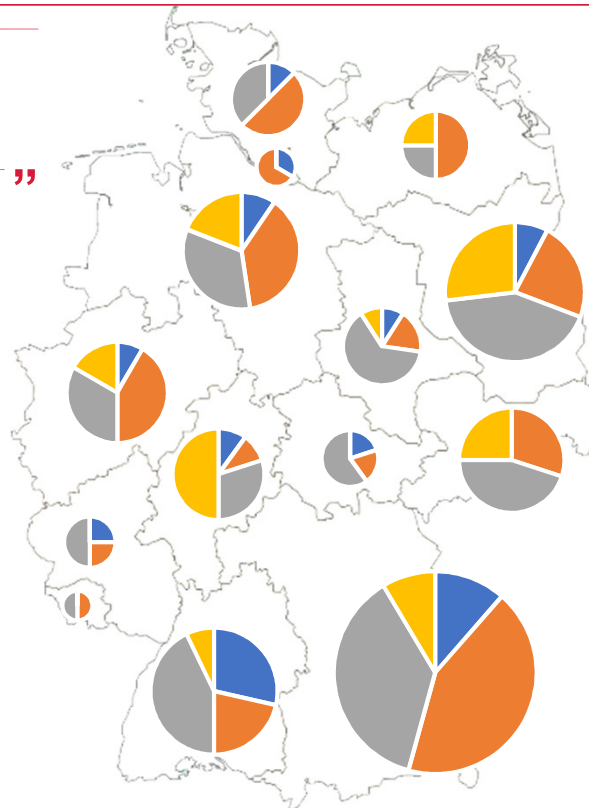
Stakeholderbefragung



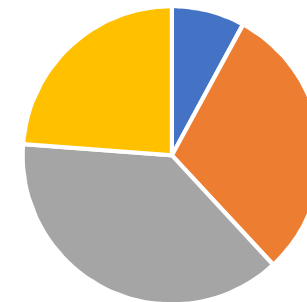
Folgen für die Rechtsanwendung

„
Kaufinteressierte werden ihre Nachfrage auf bestimmte Länder aufgrund des dort geltenden Bodenrechts fokussieren.
“

Baden-Württemberg n = 14
Bayern n = 35
Brandenburg n = 26
Hamburg n = 3
Hessen n = 10
Mecklenburg-Vorpommern n = 8
Niedersachsen n = 21
Nordrhein-Westfalen n = 12
Rheinland-Pfalz n = 4
Saarland n = 2
Sachsen n = 20
Sachsen-Anhalt n = 11
Schleswig-Holstein n = 8
Thüringen n = 5



Einschätzung von Personen ohne konkreten Bezug zu einem Bundesland (n=63)



Stakeholderbefragung

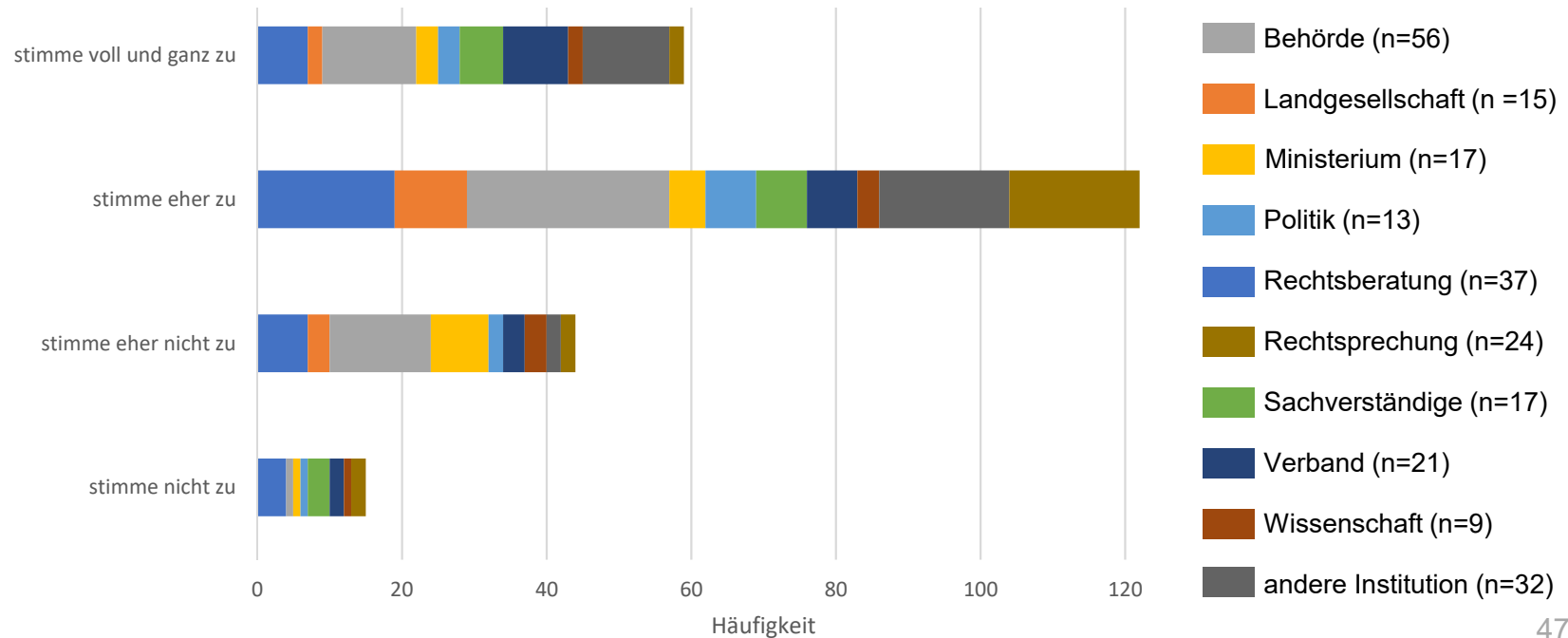


Folgen für die Rechtsanwendung

”

Bei Share Deals: der Unternehmenssitz wird (auch) abhängig vom dort geltenden Bodenrecht gewählt werden.

”



Stakeholderbefragung

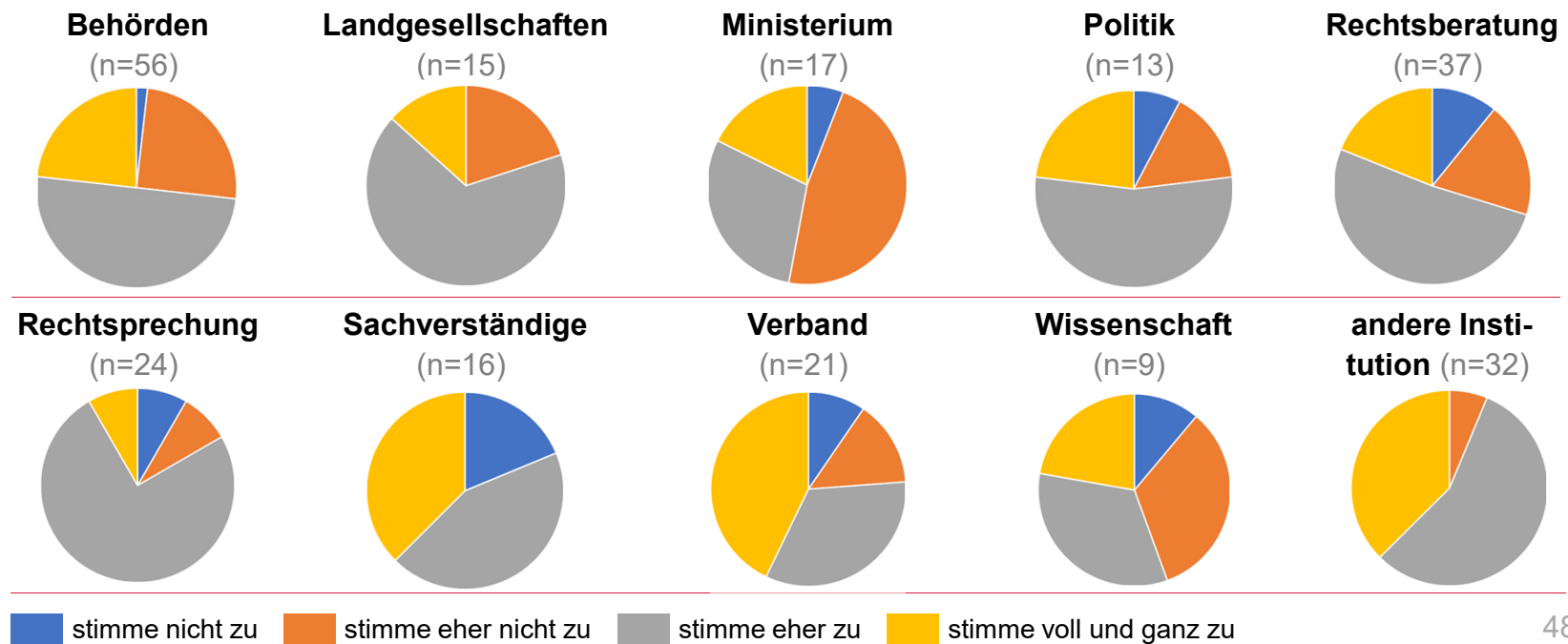


Folgen für die Rechtsanwendung

”

Bei Share Deals: der Unternehmenssitz wird (auch) abhängig vom dort geltenden Bodenrecht gewählt werden.

”



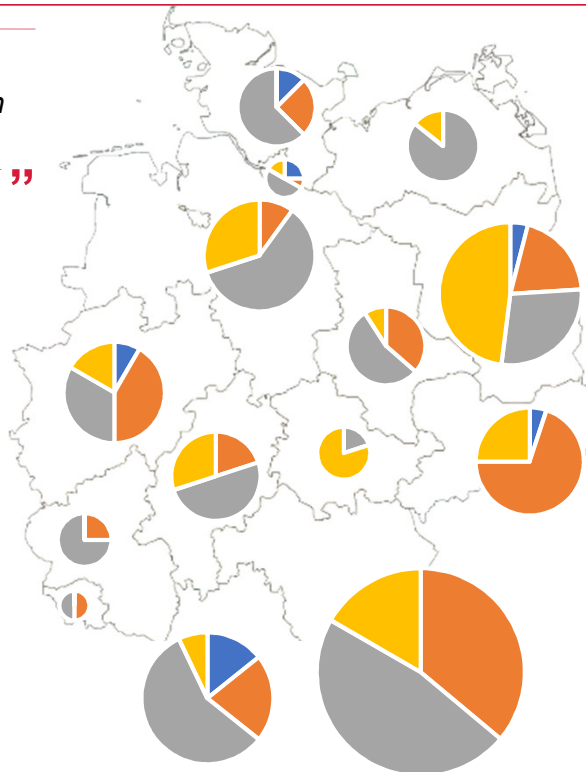
Stakeholderbefragung



Folgen für die Rechtsanwendung

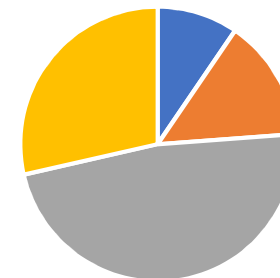
„
*Bei Share Deals: der Unternehmenssitz
wird (auch) abhängig vom dort geltenden
Bodenrecht gewählt werden.*
“

Baden-Württemberg n = 14
Bayern n = 36
Brandenburg n = 25
Hamburg n = 3
Hessen n = 10
Mecklenburg-Vorpommern n = 7
Niedersachsen n = 20
Nordrhein-Westfalen n = 12
Rheinland-Pfalz n = 4
Saarland n = 2
Sachsen n = 20
Sachsen-Anhalt n = 11
Schleswig-Holstein n = 8
Thüringen n = 5



■ stimme nicht zu
■ stimme eher nicht zu
■ stimme eher zu
■ stimme voll und ganz zu

**Einschätzung von Personen
ohne konkreten Bezug zu einem
Bundesland (n=63)**



Stakeholderbefragung

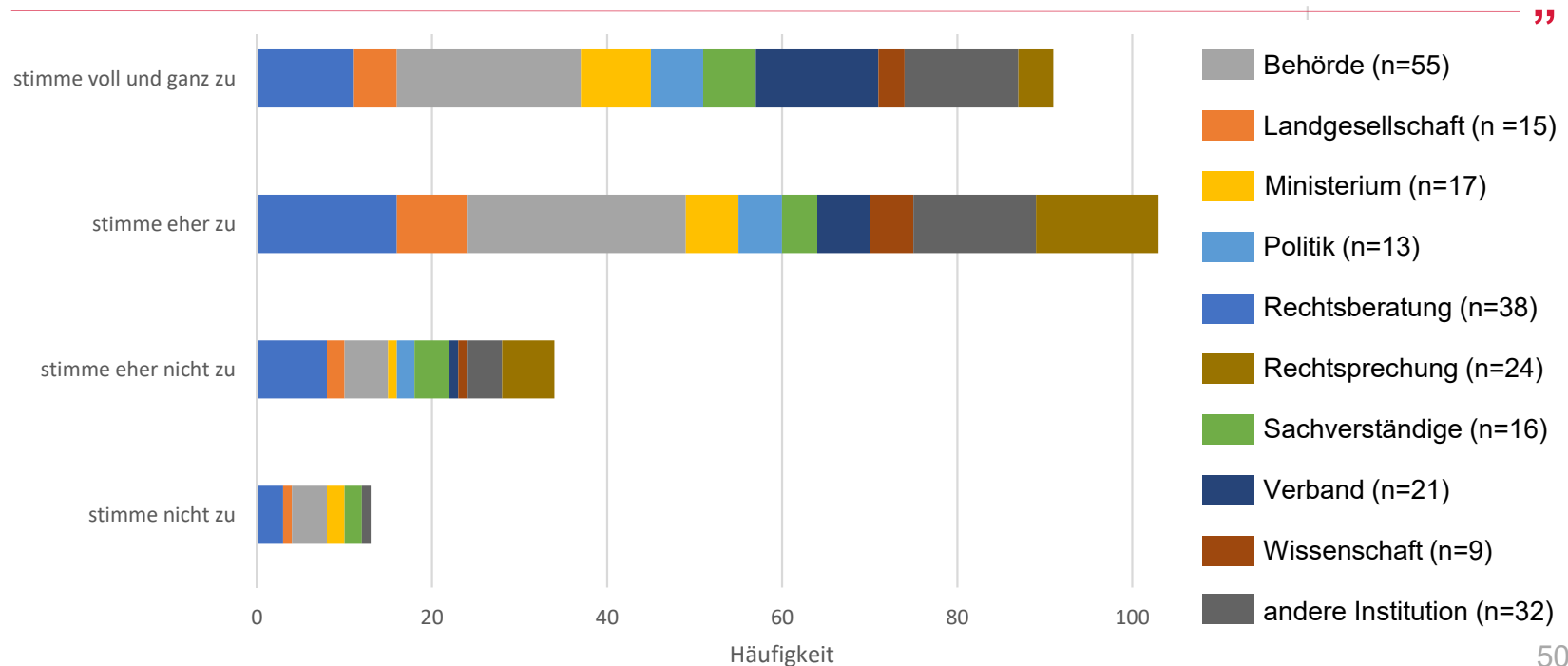


Folgen für die Rechtsanwendung

”

Es entsteht ein Bedarf nach wissenschaftlichen Aufbereitungen speziell zu den einzelnen Landesgesetzen.

”



Stakeholderbefragung

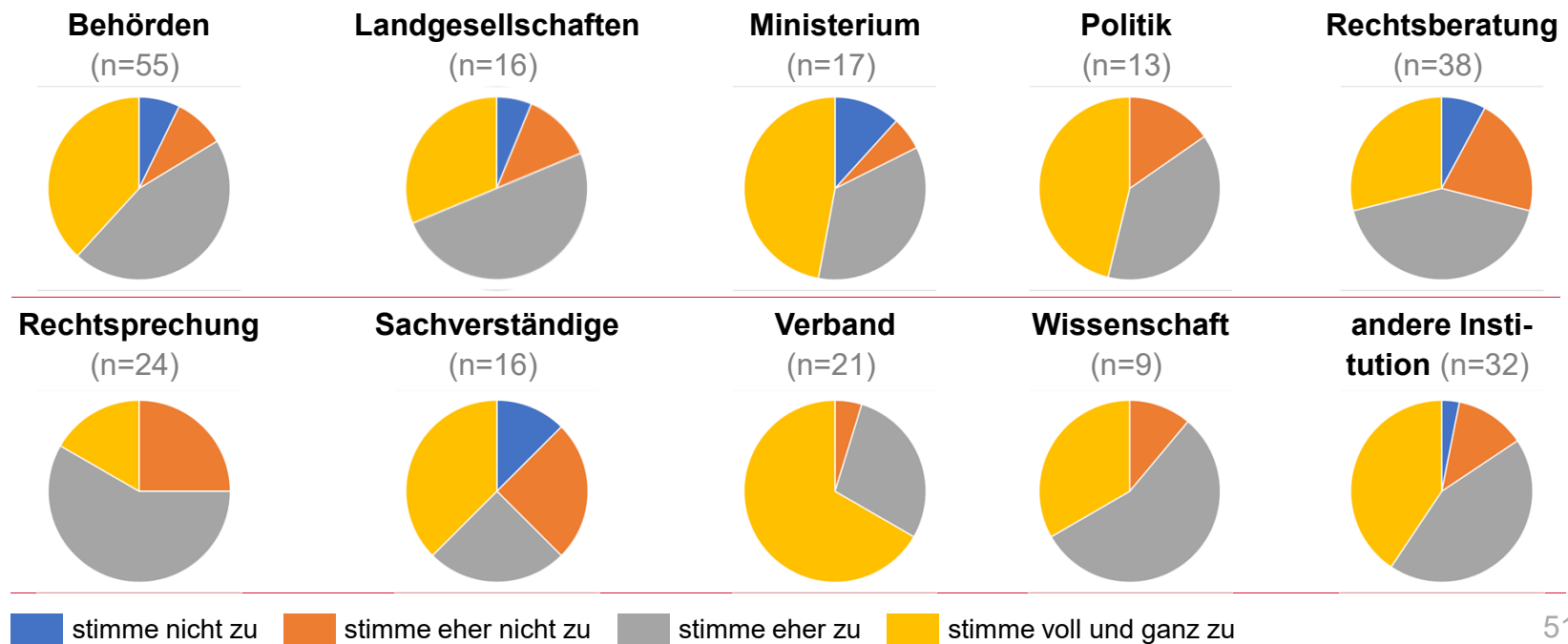


Folgen für die Rechtsanwendung

”

Es entsteht ein Bedarf nach wissenschaftlichen Aufbereitungen speziell zu den einzelnen Landesgesetzen.

”

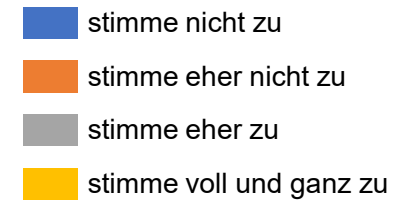
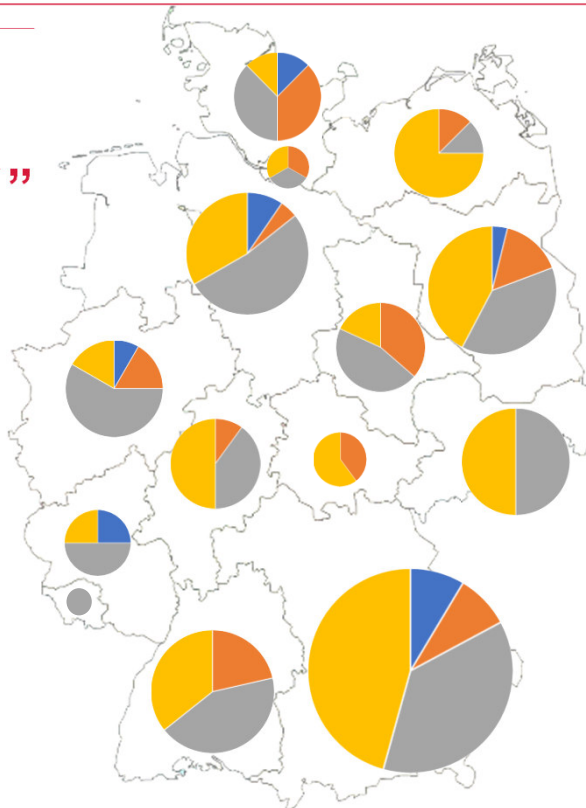


Stakeholderbefragung

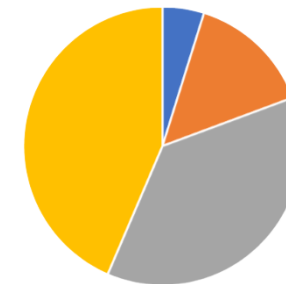
Folgen für die Rechtsanwendung

„
Es entsteht ein Bedarf nach wissenschaftlichen Aufbereitungen speziell zu den einzelnen Landesgesetzen.
“

Baden-Württemberg n = 14
Bayern n = 35
Brandenburg n = 26
Hamburg n = 3
Hessen n = 10
Mecklenburg-Vorpommern n = 8
Niedersachsen n = 21
Nordrhein-Westfalen n = 12
Rheinland-Pfalz n = 4
Saarland n = 2
Sachsen n = 20
Sachsen-Anhalt n = 11
Schleswig-Holstein n = 8
Thüringen n = 5



**Einschätzung von Personen
ohne konkreten Bezug zu einem
Bundesland (n=62)**





Résumé zur Befragung

- Die Umfrage ist im Licht der Diskussionslinie und –stände zum Zeitpunkt der Erhebung zu betrachten
 - dies prägt wohl gerade die Einschätzung durch Ministerien, Vollzugsbehörden und Landgesellschaften
 - oftmals lassen sich die Ergebnisse aus den Bundesländern an dortigen Verhältnisse in der Agrarstruktur zurückbinden
 - insbesondere die Einschätzung zu zukontrollierenden Rechtsgeschäften und Kontrollmaßstäbe sind eine wichtige Quellen ergänzend zu politischen Einschätzungen bei fehlender öffentlicher Statistik
-



Hochschule für
Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law

Kontakt zur Referentin



Foto: HWR Berlin

Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) Berlin

Campus Lichtenberg

Alt-Friedrichsfelde 60

10315 Berlin

Telefon: 0049 30 30877 2623

E-Mail: antje.toelle@hwr-berlin.de

Prof. Dr. Antje G. I. Tölle – antje.toelle@hwr-berlin.de

Quellen



Hochschule für
Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law

Bildquellen

Zielscheibe: <https://pixabay.com/de/illustrations/ziel-wei%C3%9Fe-m%C3%A4nnchen-3d-model-1874798/>

Flagge Schweiz: <https://bestswiss.ch/schweizer-kreuz> - Verwendung im Rahmen von Art. 8 Absatz 4 Lit. a) Wappenschutzgesetz

Flagge der Deutschland: <https://www.nationalflaggen.de/flagge-deutschland.html>

Karte Schweiz mit Kantonen: <https://pixabay.com/de/illustrations/schweiz-karte-kantone-unbeschriftet-2434255/>

Deutschlandkarte mit Bundesländern: <https://pixabay.com/de/illustrations/deutschland-deutschlandkarte-1281059/>

Deutschlandkarte mit Baden-Württemberg/Niedersachsen hervorgehoben: www.mixmaps.de

Logo IFAF: <https://www.ifaf-berlin.de/>

Quellen



Bildquellen

Landeswappen Bayern: www.bayern.de/der-freistaat/

Landeswappen Brandenburg:

www.landtag.brandenburg.de/de/service/ihr_besuch_im_landtag/ueber_das_landtagsgebaeude/landeswappen/397209

Landeswappen Hessen: https://de.wikipedia.org/wiki/Landeswappen_Hessens#/media/Datei:Coat_of_arms_of_Hesse.svg

Landeswappen Niedersachsen: [https://www.niedersachsen.de/startseite/land_leute/das_land/wappen_flagge/wappen-und-flagge-](https://www.niedersachsen.de/startseite/land_leute/das_land/wappen_flagge/wappen-und-flagge-19957.html#:~:text=Wappen%20des%20Bundeslandes%20Niedersachsen%20ist,von%20%C3%BCber%20600%20Jahren%20zur%C3%BCck.&text=Es%20galt%20als%20das%20sagenumwobene,in%20der%20Helmzier%20ihrer%20Wappen)

[19957.html#:~:text=Wappen%20des%20Bundeslandes%20Niedersachsen%20ist,von%20%C3%BCber%20600%20Jahren%20zur%C3%BCck.&text=Es%20galt%20als%20das%20sagenumwobene,in%20der%20Helmzier%20ihrer%20Wappen](https://www.niedersachsen.de/startseite/land_leute/das_land/wappen_flagge/wappen-und-flagge-19957.html#:~:text=Wappen%20des%20Bundeslandes%20Niedersachsen%20ist,von%20%C3%BCber%20600%20Jahren%20zur%C3%BCck.&text=Es%20galt%20als%20das%20sagenumwobene,in%20der%20Helmzier%20ihrer%20Wappen)

Landeswappen Mecklenburg-Vorpommern: www.regierung-mv.de/service/Landessymbole/Wappen/

Landeswappen Nordrhein—Westfalen:

<https://www.land.nrw/landessymbole/landeswappen#:~:text=Das%20Wappen%20des%20Landes%20Nordrhein.genanntes%20Nordrhein%20Westfalen%20Zeichen>

Landeswappen Sachsen: www.freistaat.sachsen.de/wappen-und-flaggen-3916.html

Landeswappen Sachsen-Anhalt: mi.sachsen-anhalt.de/themen/wappen-flagge-symbol-siegel-und-landeslogo/

Landeswappen Thüringen: www.thueringer-landtag.de/landtag/geschichte/landeswappen/

Quellen



Hochschule für
Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law

Weitere Literaturquellen:

Schweizer Bauernverband (2011) Das Bäuerliche Bodenrecht, 2. Auflage

Tietz/Tölle, „Bauerland in Bauernhand“ Gutachten im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Thünen Report 99, 2022, S. 121 – 143

Tietz/Tölle, Vergleichswerte landwirtschaftlicher Grundstücke für die Preismisbrauchskontrolle aus agrarökonomischer und rechtswissenschaftlicher Sicht, Buel, Band 101, Ausgabe 2

Tölle/Tietz, Empirische Evidenz und rechtspolitische Schlussfolgerungen über die agrarstrukturelle Relevanz von Anteilswerben an Agrarunternehmen, AuR 2022, 242